

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Die Herausgabe von Heft 3/2005
wurde ermöglicht durch
die Familie Orthmann, Schweiz

Anschrift:

Willi Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr

Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr

Telefon (04 61) 2 67 08 ■ Telefax (04 61) 2 67 09

E-Mail (grenzfriedensbund@foni.net)

www.grenzfriedensbund.de

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020 Nord-Ostsee Sparkasse

(BLZ 217 500 00) 13 862 Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

I N H A L T	Seite
Vorwort.....	118
<i>Leif Hansen Nielsen</i>	
Die Industrialisierung in der Provinz Schleswig-Holstein 1864-1914.....	121
<i>Morten Andersen</i>	
Der wirtschaftliche Wiederaufbau des schleswigschen Grenzgebiets 1919-1924	129
<i>Michael Ruck</i>	
Aspekte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins von den 50er Jahren bis in die 70er Jahre.....	140
<i>Susanne Bygvrä</i>	
Sønderjyllands Amt und Landesteil Schleswig - eine Grenzregion.....	148
<i>Hajo Herrmann</i>	
Situation und Entwicklung der deutsch-dänischen Grenzräume und insbesondere des Grenzraums Sønderjylland-Schlewig	156
<i>Petra Daryai-Hansen</i>	
Der unbekümmerte Däne und der gründliche Deutsche? Sprachenpolitik der Gegenwart im deutsch-dänischen	164
Umschau ab Seite 176	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 • 25813 Husum Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 ■ 24955 Harrislee
Telefon 0461 / 700 29 99 ■ Telefax 0461 / 700 29 98 • E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 ■ 24941 Flensburg

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Zu den wichtigsten Faktoren für die Zukunft unseres gemeinsamen schleswighen Grenzlandes zählt ohne Frage die wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl die Grenze seit 1920 zwei teilweise sehr verschiedene nationale Volkswirtschaften voneinander trennt, sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen niemals ganz abgerissen. In der heutigen Zeit gilt es unter dem Vorzeichen des Gemeinsamen Marktes und offener Grenzen, die praktischen Probleme zu lösen, welche die wirtschaftlichen Beziehungen über die Grenze hinweg noch immer erschweren.

Für die Lösung aktueller Probleme und für die richtige Weichenstellung in die Zukunft ist es hilfreich einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Nur so findet man zu den Ursachen für die heutige Entwicklung, und man erhält Anregungen für neue Impulse. Dies gilt natürlich auch für die Wirtschaftsgeschichte. Leider stand diese sehr lange im Schatten der politischen, militärischen und nationalen Geschichtsschreibung.

In der vorliegenden Ausgabe der Grenzfriedenshefte bringen wir die fünf Beiträge eines grenzüberschreitenden Forschungsseminars, das am 15. April dieses Jahres unter dem Titel „Die regionalwirtschaftliche Entwicklung in Schleswig/Sønderjylland im 19. und 20. Jahrhundert“ stattgefunden hat. Gemeinsame Veranstalter waren Landsarkivet for Sønderjylland in Apenrade als Gastgeber und der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins. Ermöglicht wurde die Veranstaltung dankenswerter Weise durch einen großzügigen finanziellen Zuschuss der Region Schleswig/Sønderjylland.

Ziel des Seminars war es nicht nur, neue Erkenntnisse über die wirtschaftliche Entwicklung in der Region durch deutsch-dänische Forschungs-Kooperation zu gewinnen, sondern vor allem auch durch Zusammenarbeit über die Fachgrenzen hinweg. Gerade dadurch ergeben sich interessante Ergebnisse, die in den folgenden fünf Beiträgen nachzulesen sind.

Archivar *Dr. Leif Hansen Nielsen*, Landsarkivet for Sønderjylland, berichtet aus seiner soeben abgeschlossenen Studie über die Industrialisierung des Landesteils in der Kaiserzeit. Tatsächlich wurde Nordschleswig stärker industrialisiert, als es dem verbreiteten Bild vom national unterdrückten Randgebiet entspricht. Diese Erkenntnis zeigt auch, wie wichtig Wirtschaftsgeschichte für das allge-

meine Geschichtsverständnis und die Identität einer Region ist.

Dies zeigt gleichermaßen der Beitrag von Ph.D.-Stipendiat *Morten Andersen*, ebenfalls Landsarkivet for Sønderjylland. Die wirtschaftliche Eingliederung Nord-schleswigs in den dänischen Staat nach 1920 war schwieriger als bisher bekannt, nördlich und südlich der Grenze verfolgte man teilweise sehr verschiedene Konzepte zum Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg. Doch nationalpolitische Argumentation und die Erwartung von Subventionen waren nur zwei bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Morten Andersen, übrigens auch der Organisator der Veranstaltung, bringt dabei Aspekte aus seinem laufenden Forschungsvorhaben über die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Landesteilen in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Grenzziehung.

Auch Prof. Dr. *Michael Ruck*, Institut für Zeit- und Regionalgeschichte an der Universität Flensburg, berichtet aus seinem laufenden Forschungsprojekt, in dem die Geschichte Schleswig-Holsteins nach 1949 näher beleuchtet wird. Dabei zeichnet er unter anderem nach, wie sich das nördlichste Bundesland immer mehr in Abhängigkeit von Subventionen begeben hat und keine eigenständige Wirtschaftsdynamik entwickeln konnte. Die Geografin und Forschungslektorin *Susanne Bygvrå*, Institut for Grænseregionsforskning an der Syddansk Universitet zeigt ebenfalls strukturelle Probleme der Grenzregion auf, weist aber auch auf die besonderen Chancen hin, die sich durch die Eigenart der Region ergeben. Auf die Notwendigkeit, gemeinsame Stärken und Interessen zu finden und zu fördern, macht auch der Volkswirt Dr. *Hayo Herrmann* vom Institut für Regionalforschung der Kieler Universität in seinem abschließenden Beitrag aufmerksam.

Die fünf Beiträge dieses Seminars erscheinen parallel zu dieser Ausgabe der Grenzfriedenshefte auf Dänisch in der Zeitschrift PLUK. Auf diese Weise tragen Grenzfriedensbund und Institut for Grænseregionsforskning durch ihre Publikationsorgane grenzüberschreitend dazu bei, dass die gewonnenen Ergebnisse und Anregungen einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Über diesen regionalwirtschaftlichen Themenblock hinaus bietet die vorliegende Ausgabe einen Beitrag der Germanistin und Romanistin *Petra Daryai-Hansen*, Institut for Sprog og Kultur des Roskilde Universitetscenter, über die Sprachpolitik in Deutschland und Dänemark, der bereits in Heft 2 hätte erscheinen sollen, wegen der Berichterstattung über die aktuelle politische Entwicklung jedoch verschoben werden musste. Da Sprachpolitik gerade hier im Grenzland wesentliche wirtschaftliche Konsequenzen hat, steht dieser Aufsatz durchaus im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Des Weiteren bringen wir in dieser Ausgabe wie gewohnt Informationen über Neuigkeiten aus dem Grenzland und über neue Publikationen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme und anregende Lektüre.

Die Redaktion

Die Industrialisierung in der Provinz Schleswig-Holstein 1864-1914

von *LEIF HANSEN NIELSEN*

Die verschiedenen Stadien der Industrialisierung

Wenn man Industrie und Industrialisierung im historischen Kontext untersucht, teilt man diese Entwicklung normalerweise in übergeordnete Phasen ein. In der Regel geht man von einer vorindustriellen - auch proto-industriellen - Periode, die sich bis etwa 1840 erstreckt, einer frühen industriellen Periode bis etwa 1865-70, einer eigentlichen Industrialisierungsperiode von etwa 1870 bis zum Ersten Weltkrieg und schließlich einer hoch- oder spätindustriellen Periode in der Zeit nach 1920 aus.

In der proto-industriellen Periode gab es vor allem Manufakturen und Verlagsarbeit, die sich vom traditionellen Handwerk abhoben. In Nordschleswig waren die Krusauer Kupfermühle, die im 17. Jahrhundert gegründet wurde, die Metallwarenfabrik „Godthåb“ in Christianstal westlich des Hadersiebener Dammes (1772) und natürlich die Ziegeleien die ersten wichtigen Betriebe dieser Art. Auch die Produktion von Klöppelspitzen an der Westküste gehört dazu. Aber obwohl diese Zeit deutliche Spuren in der Industrielandschaft hinterlassen hat, war sie doch ohne größere Bedeutung für den späteren eigentlichen Industrialisierungsprozess. Die Betriebe fanden sich typischerweise dort, wo es Wind- oder Wasserkraft gab und wo man einen leichten Zugang zum Seetransport hatte.

Der nächste Abschnitt, die frühindustrielle Periode, umfasst die Zeit von etwa 1840 bis 1865-70. Damals kamen die ersten eigentlichen Industriebetriebe auf. Die Dampfkraft wurde zur wichtigsten Antriebsform, und damit schwand die Abhängigkeit von Wasser- und Windenergie. Die Industriebetriebe zogen in die Städte, um dicht an Märkten, Arbeitskraft und Kapital zu sein. In den Herzogtümern konzentrierte sich die Industrie im südwestlichen Holstein bis hinunter nach Hamburg und um die großen Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Rendsburg herum. Doch auch in den anderen Teilen des Landes entstanden neue Industriebetriebe. Ein charakteristischer Zweig dieser frühen Industrie waren die Eisengießereien. Einerseits gehörten die Gießereien zu den ersten Betrieben, die eine industrielle Prägung (Massenproduktion mit mechanischer Kraft für einen anonymen Markt) aufwiesen, andererseits waren sie eine wichtige Voraussetzung für die weitere Industrialisierung. Ohne Gießereien hätte es

keine Eisenwerkzeuge, Dampfmaschinen, Turbinen, Eisenbahnen, Schiffswerften usw. gegeben. Die erste Eisengießerei in Dänemark wurde 1811 in Kopenhagen gegründet. 1827 entstand die Carlshütte bei Büdelsdorf an der Eider, und 1841 öffnete die nächste Eisengießerei im Herzogtum Schleswig ihre Pforten (Bonnichsen & Petersen in Hadersleben). Danach ging es Schlag auf Schlag: In den 1840er und 1850er Jahren entstand in fast jeder Stadt mindestens eine Gießerei. Am Ende dieses Zeitraums waren Schleswig und erst recht Holstein deutlich stärker industrialisiert als das Königreich Dänemark. Eine Volkszählung von 1860 zeigt: Während in Dänemark 216 von 1000 Personen in der Industrie arbeiteten, waren es in Schleswig 220 und in Holstein 271 Personen. Die dritte Phase der Industrialisierung umfasst die Zeit von etwa 1865-1870 bis zum Ersten Weltkrieg. Diese Periode, die im Großen und Ganzen mit der preußischen Zeit zusammenfällt, war die erste wirkliche Industrialisierungsperiode im Landesteil. Damals breitete sich die Industrieproduktion auf den gesamten Verbrauchssektor mit Werkzeugen, Maschinen, Lebensmitteln, Genussmitteln, Bekleidung, Baumaterialien usw. aus. Diese Entwicklung soll Gegenstand der folgenden Untersuchung sein.

Die Konjunkturentwicklung 1864-1914

Die Zeit von 1864 bis zum Ersten Weltkrieg begann mit einer Übergangsperiode, charakterisiert durch Unsicherheit und Anpassungsprobleme. Das hatte natürlich Auswirkungen auf das industrielle Milieu und die wirtschaftliche Aktivität. Die Dauer dieser Übergangsphase variiert allerdings von Ort zu Ort. Doch nach der Reichsgründung setzte die sogenannte Gründerzeit ein. Sie war eine Zeit des euphorischen Wachstums, nicht zuletzt ausgehend von den französischen Reparationszahlungen in Höhe von 5 Milliarden Mark, die der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg 1870/71 zugutekamen. Doch bald darauf, schon ab der Mitte der 1870er Jahre, folgte die „Gründer-Krise“ mit fehlender Investitionsbereitschaft und einer Rezession der Wirtschaft. Diese Krisenzeit ging allerdings relativ schnell in eine Phase langsamen und stabilen Wachstums über, die von etwa 1880 bis in die Mitte der 1890er reichte - und von den Zeitgenossen zu Unrecht als „die große Depression“ bezeichnet wurde. Schließlich kam es zu einer neuen Hochkonjunktur, die mit kleinen Unterbrechungen bis zum Ersten Weltkrieg andauerte. Sie wurde namentlich in den letzten Jahren vor dem Krieg von der wachsenden Rüstungsindustrie angekurbelt. Das sieht man etwa an der Zahl der Beschäftigten auf den Schiffswerften in Kiel, die für die Marine produzierten. Für 1913 rechnet man damit, dass allein auf den Werften etwa 25.000 Menschen beschäftigt waren! Dieser Konjunkturverlauf spiegelt sich in der Zahl

der Unternehmen und der Beschäftigten innerhalb der Industrie wider (siehe Abb. 1). Man kann sehen, dass die Periode mit Stagnation und Rückgang in die Jahre von 1876 bis 1879 fällt. Es kamen keine neuen Unternehmen hinzu, und die Zahl der Beschäftigten fiel um einige Tausend. Aber von 1880 stieg diese Zahl wieder an, zuerst mit einer Steigerung der Beschäftigtenzahl und dann in derzeit von 1884 bis 1888, wobei sich die Zahl der Industriebetriebe beinahe verdoppelte. Diese Steigerung setzte sich in den 1890er Jahren fort und signalisierte Hochkonjunktur und Dynamik. In der gleichen Periode stieg auch die Zahl der Arbeitsplätze - zunächst eher langsam, bevor sie zur Zeit der Jahrhundertwende einen gewaltigen Sprung nach vorn machte. Abbildung 2 (s. nächste Seite) zeigt, welches explosive Wachstum es in der Industrie in Schleswig-Holstein in diesen Jahren gab - fast eine Verfünffachung sowohl der Zahl der Betriebe als auch der Zahl der Beschäftigten. 1876 gab es etwa 200 Unternehmen mit 12.000 Beschäftigten innerhalb der Industrie, um 1900 schon etwa 1.000 Unternehmen mit 50.000 Beschäftigten!¹

Die Entwicklung in Nordschleswig

Auf den ersten Blick sieht diese Entwicklung sehr positiv aus. Doch nicht überall in der Provinz verlief der Fortschritt gleichmäßig. Besonders in Nordschleswig konnte man die Folgen der Abtretung von Dänemark und der zunächst eher ungesicherten Angliederung an Preußen spüren. Während man weiter südlich schnell mit der Verlagerung der Industrie und der Anpassung an die neuen Verhältnisse in Gang kam, benötigte man für diese Umstellung in Nordschleswig verhältnismäßig lange Zeit, was zu vielen Konkursen und Firmenschließungen im Landesteil führte. Nordschleswig erlebte daher keinen „Gründer-Boom“ zu Beginn der 1870er Jahre. Nur wenige Unternehmen wurden in dieser Zeit gegründet. Tatsächlich nachgewiesen werden konnte nur ein einziges Unternehmen im Landesteil, das 1873 gegründet wurde, nämlich Ingermanns Maschinenfabrik in Beken nordöstlich von Flensburg.

Wenn man die Tabelle in Abbildung 3 über die Industriebetriebe in Nordschleswig von 1860 bis 1913 betrachtet, fällt der markante Rückgang zu Beginn der Periode von 1860 bis 1876 ins Auge: Etwa ein Drittel aller Betriebe mit mehr als 5 Angestellten verschwand, die Zahl der Unternehmen reduzierte sich von 97 auf 63. Und diese Entwicklung setzte sich während der Gründer-Krise fort, so dass 1880 nur 58 Betriebe übrig blieben. Danach begann ihre Zahl wieder langsam anzusteigen.² Aber es war erst nach 1895, also gleichzeitig mit der neuen Hochkonjunktur, als die Industrie im Landesteil wieder das Niveau von 1860 erreichte. Und dieser Wiederaufstieg ist das Besondere an Nordschleswig und

seiner Industrie: 1913 gab es 115 Betriebe mit 2.300 Beschäftigten, was angesichts des verbreiteten Bildes vom Nordschleswig dieser Zeit überraschen muss. Der dänische nationale Mythos hat das Bild von einem agrarisch geprägten Land mit sinkenden Einwohnerzahlen, kleinen Dörfern, großer Auswanderung, Stagnation und wirtschaftlichem Rückgang geprägt. Doch der Wirklichkeit entsprach dieses Bild höchstens teilweise.

Industriell und wirtschaftlich befand sich der Landesteil allerdings im Schatten Flensburgs. Dort stieg die Bevölkerung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts von 20.000 auf 60.000, wobei sich die Zahl der Betriebe von 13 auf 43 und die der Industriearbeitsplätze von etwa 1.000 auf 3.500 mehr als verdreifachte. In Flensburg passte man sich nach dem Ende der staatsrechtlichen Übergangszeit den neuen Verhältnissen recht schnell an. So verlagerte die traditionsreiche Kupfermühle ihren Produktionsschwerpunkt auf Messing. Zahlreiche Großbetriebe wie die Flensburger Dampfschiffgesellschaft (1869), die Palmölfabrik Jürgensen & Krog (1872) und die Flensburger Schiffbaugesellschaft (1872) entstanden neu.

Eine regionale Perspektive

Ausgehend von den Statistiken über die Industrie vor 1900 können die Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins nach dem Grad der Industrialisierung auf drei Gruppen verteilt werden, die der Einfachheit halber hier als A, B und C bezeichnet werden.³

Betrachten wir die A-Gruppe näher, besteht diese aus den Städten Altona, Kiel und Flensburg sowie den Landkreisen Kiel Land, Rendsburg, Steinburg, Pinneberg, Stormarn und Lauenburg. Über die Platzierung von Plön und Kiel Land in dieser Gruppe kann diskutiert werden, da sie nur den Vororten der Städte Kiel und Neumünster zu verdanken ist. 84 Prozent derer, die im Kreis Plön als Industriearbeiter registriert waren, arbeiteten in den Kieler Vorstädten und Werkstandorten Gaarden und Ellerbek, die aber administrativ zu Plön gehörten. Und für den Landkreis Kiel gilt, dass 36 Prozent in Dietrichsdorf (gegenüber der Stadt Kiel) und 51 Prozent in Neumünster arbeiteten. Ohne diese Industrie würden diese beiden Kreise in die Gruppe der am wenigsten industrialisierten Kreise gehören. Überall in Schleswig-Holstein war die Industrie in dieser Zeit überwiegend ein städtisches Phänomen.

Charakterisiert ist die Gruppe A durch viele und besonders große Betriebe mit zahlreichen Angestellten. Die zehn größten Betriebe Schleswig-Holsteins im Jahr 1900 finden sich dementsprechend alle in diesen Kreisen. Dabei handelt es sich vor allem um Betriebe in der Eisen- und Werftindustrie, Zementindustrie und Bekleidungsindustrie. Der damals größte Betrieb war die Flensburger Schiffswerft mit 2.144 Angestellten, gefolgt von der Kieler Germaniawerft mit etwa 2.000 Beschäftigten. Weitet man diese Liste auf die 100 größten Betriebe im Jahr 1900 aus, finden sich letztlich nur fünf Betriebe, die nicht in Kreisen der Gruppe A lagen. Insgesamt waren im Jahr 1900 in den 10 Kreisen der A-Gruppe rund 43.000 Personen beschäftigt, verteilt auf knapp 800 Industriebetriebe.

Die mittlere Gruppe B bestand 1900 nur aus fünf Kreisen, nämlich Schleswig und Süderdithmarschen, sowie den drei nordschleswigschen Kreisen Hadersleben, Apenrade und Sonderburg. Es fanden sich einige Betriebe mit einer gewissen Größe in dieser Gruppe, aber insgesamt sind sie deutlich kleiner als in Gruppe A. Insgesamt gab es dort im Jahr 1900 3.342 Arbeitsplätze, die sich auf 136 Betriebe verteilten.

In der C-Gruppe fanden sich im Jahr 1900 bloß 38 Betriebe mit insgesamt 1.446 Beschäftigten. Die C-Gruppe konzentriert sich, wie bereits gesagt, im südlichen und westlichen Schleswig sowie in den holsteinischen Randgebieten. Dabei handelt es sich um die Kreise Eckernförde, Norderdithmarschen, Eiderstedt, Flensburg-Land, Husum, Tondern, Oldenburg und Segeberg.

Diese Verteilung zeigt allerdings nur, wo die Industrie im Jahr 1900 angesiedelt war. 25 Jahre zuvor hatte es eine viel gleichmäßigere Verteilung der Industrie in den verschiedenen Kreisen gegeben. Die Mittelgruppe war deutlich größer und umfasste den ganzen Zentralbereich der Provinz. Anschließend kam es zu einer Polarisierung in Kreise mit einer hohen und Kreise mit einer niedrigen Industrialisierung. Mehrere Landkreise im südlichen Teil der Provinz spürten den industriellen Aufschwung, während die Kreise in der Mitte und im westlichen Teil der Provinz den Anschluss verloren und in die am schwächsten industrialisierte Gruppe hinabglitten.

Deutlich werden diese Unterschiede beim Vergleich der Wachstumszahlen während des Untersuchungszeitraums. In der A-Gruppe gab es eine Vervier- bis Verfünfachung der Zahl der Betriebe und der Zahl der Beschäftigten. In der B-Gruppe kann man von einer knappen Verdreifachung sprechen, und in der C-Gruppe war das Wachstum am geringsten mit einer knappen Verdoppelung der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten. Unmittelbar klingt das vielleicht nicht nach besonders großen Unterschieden. Doch die absoluten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: In der Gruppe A entstanden während des Untersuchungszeitraums 626 neue Betriebe mit zusammen 32.288 Arbeitsplätzen, in

der Gruppe B 89 Betriebe mit 2.858 Arbeitsplätzen, in Gruppe C hingegen nur 20 neue Betriebe mit zusammen 701 Arbeitsplätzen.

Die nordschleswigsche Perspektive

Zusammenfassend muss man feststellen, dass der industrielle Durchbruch in Schleswig-Holstein vor allem in der Gruppe A und damit vor allem in Südholstein und in den großen Städten stattfand. Nichtsdestoweniger gab es auch eine gewisse industrielle Entwicklung in der Gruppe B, die auch große Teile Nordschleswigs umfasste. Nur der Kreis Tondern gehörte zu dem am schwächsten industrialisierten Teil der Provinz, aber in dieser Position befand er sich schon zu Beginn der preußischen Zeit.

Es gibt mehr als eine Erklärung dafür, warum die nordschleswigschen Kreise entgegen dem verbreiteten Bild bei der Industrialisierung relativ gut mithalten konnten. So gab es im Landesteil eine gewisse Tradition der Industrie. Viele der größten Betriebe, die in der preußischen Zeit ausgebaut wurden, waren bereits vor 1864 gegründet worden, wie etwa Matthias Hansens Tabakfabrik in Hadersleben, die im Jahr 1900 etwa 150 Beschäftigte hatte, aber auch die älteren Eisengießereien, wie etwa P. J. Petersen in Hadersleben mit etwa 50 Beschäftigten, ferner Gade sowie Stein & Meyland in Sonderburg mit jeweils 25 Beschäftigten.

Ein anderer Grund ist, dass sich Teile der nordschleswigschen Industrie sehr schnell spezialisierten und dabei wichtige Nischen besetzen konnten. So konzentrierte sich M. Hansens Tabakfabrik auf Kautabak. M. L. Utzons Fischernetzfabrik in Sonderburg, Bocks Pfeifenfabrik in Lügumkloster, Markussens Orgelbauerei in Apenrade, die Fabrik der Gebrüder Gram in Woyens, die sich innerhalb des Meiereisektors auf Waagen und Kühlanlagen spezialisierte, sowie Callesens Motorenfabrik in Apenrade sind einige der bekanntesten Beispiele für erfolgreiche Spezialfabriken.

Ein dritter Grund ist, dass die östlichen Teile Nordschleswigs auf fruchtbarem Boden lagen und eine gut funktionierende Landwirtschaft Nährboden für Investitionen in Gebäude, Maschinen, Meiereitechnologie und Veredelungsindustrie bot. Ein vierter Faktor ist vermutlich, dass die nordschleswigschen Städte über ein relativ großes Hinterland verfügten. Hierher kamen die Menschen aus großen Teilen Nordschleswigs, wenn Handel getrieben und investiert werden sollte. Westlich, östlich oder nördlich davon gab es keine Konkurrenz.

Und schließlich sollte man nicht die Nachfrage und die Dynamik vergessen, die von der beständigen und umfangreichen Ziegeleiindustrie in der Umgebung von Broacker ausging. Diese stellte zeitweise die Hälfte aller Industriebeschäftigten

in Nordschleswig. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Ziegeleien als Motor für die Maschinenbauindustrie um Sonderburg und Apenrade fungierten. Der Zuwachs, den man in der nordschleswigschen Industrie um die Jahrhundertwende herum sehen kann, ist daher primär dem Aufbau neuer Fabriken zu verdanken und weniger dem Zuwachs in den älteren Industriebetrieben.

Zusammenfassung

Die Frage ist, ob Nordschleswig und die nordschleswigsche Industrie durchgehalten hätten, wenn die weitere Entwicklung nicht durch die Schüsse von Sarajevo, den jahrelangen Weltkrieg und eine neue Grenzziehung unterbrochen worden wäre. Hätte die Polarisierung zwischen hoch- und niedrigindustrialisierten Gebieten bewirkt, dass ganz Schleswig, mit Ausnahme von Flensburg, innerhalb weniger Jahre dem am geringsten industrialisierten Teil angehört hätte? Das ist sehr gut möglich, kann aber nicht ausreichend belegt werden. Vielleicht waren es umgekehrt sogar nur Zufälle, die dazu führten, dass Nordschleswig - und speziell der Landkreis Apenrade - nicht zur industriellen Elite gehören sollte. Um 1900/1901 kamen nämlich Pläne auf, eine große Zementfabrik im südlichen Teil des Kreises bei Gravenstein zu errichten. Zum Projekt gehörte ein eigener Eisenbahnanschluss, es sollte eine neue Hafenanlage mit 200 Meter Kailänge angelegt und eine neue Fahrinne gegraben werden. Es gab Pläne für 140 Arbeiterwohnungen und eine Arbeiterkaserne für weitere 200 Arbeiter.⁴ Aber unmittelbar, nachdem das Projekt von den Behörden genehmigt und im Kreisblatt veröffentlicht worden war, zogen es die Initiatoren zurück. Man bekam augenscheinlich kalte Füße, und dies vielleicht zu Recht: Zwar befand sich die Zementindustrie um die Jahrhundertwende hierzulande in einer Wachstumsphase (zwei der zehn größten Unternehmen um 1900 gehörten dieser Branche an), aber die Konkurrenz war hart. In Schleswig-Holstein bildete sich in dieser Zeit ein Monopol um die Alsenschen Werke bei Itzehoe herum. Es wäre ganz sicher schwer geworden, einen Markt und einen ausreichend großen Kundenkreis für so ein ambitioniertes Projekt zu finden.

Mehr Erfolg hätte man sich für ein anderes Projekt vorstellen können, das ebenso in der Zeit um die Jahrhundertwende herum Form annahm. Bei Apenrade plante Michael Jebsen, Schiffsreeder und einer der Honoratioren der Stadt, eine Stahlschiffswerft mit 1.200 Arbeitsplätzen.⁵ Die Pläne waren weit gediehen: Der Baugrund war gekauft, es war eine Bauskizze erarbeitet worden, der Stadtrat hatte den Plänen zugestimmt, und Aktien im Wert von einer Million Mark waren gezeichnet worden, als Jebsen plötzlich starb. Der anschließende Zusammenbruch der örtlichen Bank gab den Plänen den endgültigen Todesstoß. Dabei

kann es keinen Zweifel daran geben, dass der Zeitpunkt für eine Werftgründung um die Jahrhundertwende herum gut war, was schon der Blick auf Flensburg und Kiel zeigt. Wäre dieses Projekt geglückt, hätte die industrielle Situation im Landesteil ganz anders aussehen können.

Trotz ihres vorzeitigen Scheiterns belegen diese beiden Projekte zusammen mit dem guten Mittelplatz der nordschleswigschen Kreise in der Industriestatistik, dass es trotz allem allerhand wirtschaftliche Initiativen in der Region gab und dass die Zeitgenossen den Landesteil bestimmt nicht als ein industrielles Randgebiet auffassten. Als Nordschleswig 1920 in den dänischen Staat eingegliedert wurde, erschien der Landesteil zwar genauso vom Krieg ausgezehrt und heruntergewirtschaftet wie das übrige Deutschland, aber im Verhältnis dazu nicht etwa industriell rückständig, sondern eher als typisches Provinzgebiet mit einem gewissen industriellen Fundament.

Siehe zu diesem Thema die Ph.D.-Arbeit des Verfassers, die demnächst in der Schriftenreihe von Historisk Samfund for Sønderjylland erscheinen wird: Leif Hansen Nielsen: „Ad industriens vej. Studier i den slesvig-holstenske industri 1864-1914 med særlig henblik på udviklingen i Nordslesvig.“

Anmerkungen

- 1 Statistische Beilagen zu „Die Lage der Industrie“, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 309, Nr. 180-195 und Nr. 10729-10732. Leider ist diese Quelle nur für den Zeitraum von 1876 bis 1900 erhalten.
- 2 Fabrikzählungen 1860, in: Rigsarkivet, Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig, Nr. B03c2, B04b2 und D02c; weitere Statistiken aus „Die Lage der Industrie“ (s.o.); ferner Gewerbliche Kataster und Material für die Industriezählungen der nordschleswigschen Landrats-, Amtsvorsteher- und Hardsesvogteiarhive, Landsarkivet for Sønderjylland.
- 3 Daten zum Folgenden in „Die Lage der Industrie“, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 309, Nr. 10732.
- 4 Landsarkivet for Sønderjylland, Aabenraa Kredsudvalg, pk. 249, nr. 57 og 58.
- 5 Erik Skifter Andersen: Erhvervsvirksomheder i Aabenraa 1847-1997, Bd. 1, S. 180-181.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau des schleswigschen Grenzgebiets 1919-1924

von *MORTEN ANDERSEN*

Nach der Teilung Schleswigs 1920 hoffte man, die nationalen Gegensätze, welche seit den 1840er Jahren die Entwicklung in der Region maßgeblich geprägt hatten, endgültig überwinden zu können. Doch die schleswigsche Frage hatte nicht nur eine nationalpolitische, sondern auch eine wirtschaftliche Dimension. Das Herzogtum Schleswig bildete seit Jahrhunderten eine ökonomische Einheit mit einem ausgeprägten inneren Handelsverkehr. Die Stadt Flensburg war der regionale Mittelpunkt für Handel und Industrie. Mit der Grenzziehung 1920 musste die schleswigsche Bevölkerung sich auf einen ökonomischen Umstellungsprozess einrichten. Dieser erwies sich als viel schwieriger als erwartet, was noch durch die allgemeine wirtschaftliche Not der Nachkriegszeit verstärkt wurde. Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Krieg und der Teilung Schleswigs, war ein erster Versuch, den ökonomischen Umstellungsprozess in Gang zu setzen und durchzuführen.¹

Die Ressourcenverschwendung durch die deutsche Kriegsführung machte einen umfangreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau unumgänglich. Die Kriegswirtschaft Deutschlands war im Herbst 1918 mehr oder weniger zusammengebrochen, was auch eine der Ursachen dafür war, dass die Oberste Heeresleitung auf einen Waffenstillstand drängte. Ein zusätzliches Problem für Schleswig war, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die lange Zeit der Unsicherheit vom Ende des Kaiserreichs im November 1918 bis zur endgültigen Grenzziehung im Juni 1920 beeinträchtigt wurde. Diese Übergangszeit verzögerte den wirtschaftlichen Wiederaufbau des schleswigschen Grenzgebietes erheblich.

Strategien für den Wiederaufbau in Nordschleswig

Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Nordschleswig war eng mit der vollständigen Eingliederung Nordschleswigs in die dänische Gesellschaft verknüpft. Deshalb bedurfte es einer übergeordneten wirtschaftlichen Strategie. Der dänische Ministerpräsident C. Th. Zahle war der erste hochrangige Politiker, der sich in diesem Sinne äußerte. Im Dezember 1918 ernannte die dänische Regierung

einen Ausschuss (Sønderjysk Udvalg af 1918), um die Eingliederung Nord-schleswigs vorzubereiten. Bei einer Begegnung der Ausschussmitglieder mit dem Ministerpräsidenten forderte dieser, dass die Übergangszeit so kurz wie möglich sein sollte und dass die neuen Landesteile auf keinen Fall eine Sonderstellung im Königreich bekommen sollten.² Diese Haltung teilten viele dänische Politiker und Ton angebende Nordschleswiger, die sich mit den Fragen der künftigen Integration Nordschleswigs beschäftigten. Der Landesteil sollte vollkommen dem übrigen Dänemark gleichgestellt werden. Mit der nationalen Homogenisierung wollte man eine erneute Sonderstellung Schleswigs wie vor 1864 verhindern, die man in Dänemark mit schlechten Erfahrungen aus dem 19. Jahrhundert verband. Lang andauernde wirtschaftliche Übergangsordnungen hätten demnach eine regionale Sonderstellung bedeutet, welche die Aufmerksamkeit auf eine traditionelle Verbindung zu Deutschland hätte hinlenken und die nationalpolitische Entwicklung zu Ungunsten des Dänischen hätte beeinflussen können.

Kapitalspritzen für Nordschleswig

Die erste große dänische Kapitalspritze für Nordschleswig kam mit der Einführung der Kronenwährung am 20. Mai 1920. Die Währungsumstellung wurde zum Tageskurs durchgeführt. Jeder Nordschleswiger erhielt 14 Kronen für 100 Reichsmark. Das war nicht viel im Vergleich zu den 89 Kronen für 100 Reichsmark, die im August 1914 den Wechselkurs ausmachten. Viele Vermögen von Nordschleswigern schrumpften durch Inflation und Währungsumstellung stark. Die Währungsumstellung wurde dann auch von den Nordschleswigern heftig kritisiert. Daher stellte der dänische Staat rund 60 Millionen Kronen für eine sogenannte Ausgleichskasse (Udligningskasse) zur Verfügung. Personen aus Nordschleswig, die im Zeitraum von Januar 1914 bis Januar 1918 Vermögen verloren hatten, konnten bei der Ausgleichskasse Erstattungen beantragen. Insgesamt 20.832 Personen - etwa 13 Prozent der Bevölkerung - bekamen eine Ersatzleistung von der Ausgleichskasse. Die Ausgleichskasse war in erster Linie als Sozialleistung gedacht. Sie war aber auch eine Kapitalspritze, die die Kronenwährung schneller in Umlauf setzen sollte. Die Verteilung der 60 Millionen Kronen wurde vom Nordschleswigschen Währungsrat (Sønderjysk Valutaråd) organisiert und verwaltet, der von Finanzminister Brandes ernannt worden war. Neben dem Vorsitzenden des Währungsrats, Generaldirektor der Steuerbehörde Michael Kofoed, hatten 13 nordschleswigsche Vertreter dort einen Sitz.³ Der Grund für diese Überrepräsentanz der Einheimischen war, dass diese die örtlichen Verhältnisse kannten. Ein weiterer Hintergedanke war, dass Regierung

und Reichstag sich heftiger Kritik entziehen konnten, wenn die Verantwortung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau teilweise örtlichen Vertretern überlassen wurde. Dieses Prinzip der Eigenverantwortung wandte die dänische Regierung noch häufig beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landesteils an. Eine über die Entschädigungsfragen hinausgehende Bedeutung bekam der Währungsrat allerdings nicht.

Die Darlehenskasse für Nordschleswig

Wichtiger als der Währungsrat waren die Darlehenskasse für Nordschleswig (Lånekassen for Sønderjylland) und deren Vorstand. Diese wurde auf Initiative des Kronen-Ausschusses (Udvalget for Afhjælpning af de med Kronemøntens Indførelse i Sønderjylland forbundne Vanskeligheder) errichtet, der von der dänischen Regierung bereits im Dezember 1919 ernannt worden war. Der Ausschuss sollte unter anderem Konzepte entwickeln, um die wirtschaftliche Übergangszeit in Nordschleswig zu erleichtern. Dazu gehörte die Errichtung einer Darlehenskasse, die billige Betriebsdarlehen für den Handel, Gewerbetreibende und Landwirte, die ihre Betriebe nicht aus eigener Kraft fortführen konnten, gewährleisten sollte. Die Darlehenskasse erhielt als Startsumme 10 Millionen Kronen vom dänischen Staat und konnte Betriebsdarlehen bis zu 10.000 Kronen mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei einem Zinssatz von 4 Prozent leisten. Nicht nur die Darlehen selbst, sondern auch die Zusammensetzung des Vorstands machten die Darlehenskasse zu einer bedeutsamen Einrichtung. Der Vorstand der Darlehenskasse war identisch mit dem Ausschuss, der ihre Errichtung vorgeschlagen hatte. Er wirkte bei der wirtschaftlichen Eingliederung Nordschleswigs in die dänische Gesellschaft sowohl beratend als auch durch eigene Initiativen mit.

Vorstandsvorsitzender war Staatsschulddirektor P.O.A. Andersen als Vertreter des Finanzministeriums. Darüber hinaus gehörten der Direktor der Nordschleswigschen Kreditanstalt O. Buhl, der Apenrader Bürgermeister H. Fink, Kontorchef M. Hammerich, der Vorsitzende des Nordschleswigschen Landwirtschaftsvereins P.J. Refshauge, Bankdirektor Rossen in Tondern und Amtsassessor A. V. Karberg in Sonderburg dem Vorstand an. 1922 wurde der Vorstand mit P. A. Calle, M. Refslund Poulsen und J. H. Schmidt, alle von der Leitung der Nordschleswigschen Kreditanstalt, erweitert. 1924 kamen noch die Reichstagsabgeordneten H. Jepsen Christensen (Venstre) und I. P. Nielsen (Soz.) dazu, 1926 ferner der Apenrader Amtmann Kr. Refslund Thomsen.⁴ Es waren also die wichtigsten regionalwirtschaftlichen Sachverständigen im Vorstand der Darlehenskasse versammelt. Auf den Vorstandssitzungen wurde nicht nur die Darle-

henskasse selbst thematisiert, sondern überhaupt die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung in Nordschleswig.

Im Februar 1922, als die 10 Millionen Kronen verteilt worden waren, musste der Vorstand Stellung zur weiteren Existenz der Kasse beziehen. Zu dieser Zeit stand der Vorstand auf dem erwähnten Standpunkt, dass Nordschleswig möglichst bald ohne Sonderregelungen auskommen sollte, und erklärte dem Finanzminister: „Der Bedarf nach Krediten ist immer noch bedeutend, aber nicht mehr aufgrund des Krieges, der Abwertung der Reichsmark oder anderer im Zusammenhang mit der geänderten Staatszugehörigkeit stehender Verhältnisse, sondern wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Not, die ein allgemein dänisches oder gar ein Problem der ganzen Welt ist.“⁵ Bedarf für regionalwirtschaftliche Sonderregelungen in Nordschleswig sah man also nicht mehr, und die Darlehenskasse konnte deshalb ihren Betrieb einstellen. Angesichts der späteren Entwicklung war dies jedoch ein übereilter Entschluss, den man schon bald wieder revidierte.

Im Dezember 1923 wurde ein Antrag des Reichstagsabgeordneten H. Jepsen Christensen in der Vorstandssitzung debattiert. Nach seiner Meinung sollte die Darlehenskasse sich mit Bodenverkauf an jüngere Landwirte nach dem Nationalitätsprinzip beschäftigen. Mit anderen Worten: Die Darlehenskasse sollte sich im deutsch-dänischen „Bodenkampf“ engagieren. Der Antrag wurde zwar vom Vorstand abgelehnt, doch der nationale „Bodenkampf“ wurde als wichtige Angelegenheit betrachtet. Dänische Staatszuschüsse hierfür hätten aber sofort den deutschen Staat mit Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten der deutschen Minderheit auf den Plan gerufen. Deshalb hielt sich der Vorstand in dieser Frage zunächst zurück. Statt dessen stimmte er für einen Antrag von Martin Flammerich, der die Darlehenskasse für die Flurbereinigung nutzen wollte. Die Flurbereinigung war im Kreis Tondern aufgrund der von Viehzucht geprägten Strukturen nie richtig durchgeführt worden. Der Strukturwandel der westschleswigschen Landwirtschaft war für die Umstellung auf dänische Betriebsverhältnisse unumgänglich. Dieser Antrag des Vorstands der Darlehenskasse wurde vom dänischen Reichstag genehmigt, der eine Flurbereinigungskommission mit Martin Hammerich als Sekretär ernannte. Die Darlehenskasse erhielt 4 Millionen Kronen zur Verfügung, die zum Zweck der Flurbereinigung als Kredite bereitstanden.⁶

Die Flurbereinigung ist ein Beispiel für das Engagement der Darlehenskasse bei der wirtschaftlichen Eingliederung Nordschleswigs, aber auch Ausdruck der übergeordneten Strategie der Einverleibung des Landesteils in den dänischen Staat. Der Strukturwandel der nordschleswigschen Wirtschaft und deren Anpassung an dänische Verhältnisse waren dabei das wichtigste Werkzeug.

Dies ändert aber nichts am nationalpolitischen Hauptziel einer schnellen und vollständigen Integration des Landesteils. Die nationalpolitische Lage in Nord-schleswig blieb Dreh- und Angelpunkt der Regionalwirtschaft und der Arbeit der Darlehenskasse. Dass der Darlehenskasse 1925 erneut 2 Millionen Kronen für neue Kreditvergaben zur Verfügung gestellt wurden, stand unübersehbar in Zusammenhang mit Protesten nordschleswigscher Landwirte. Die 9 Millionen Kronen Sparkassenausleihen, die einer Denkschrift der Realkreditkommission 1926 gefolgt waren, wurden ebenfalls von der Darlehenskasse verwaltet. Und als die deutsche Minderheit 1926 ihre eigene „Kreditanstalt Vogelgesang“ errichtete, bekam die Darlehenskasse noch weitere 8 Millionen Kronen zur Verfügung. Zusätzlich errichtete man 1927 den Hypothekenfond (Sønderjysk Hypoteklånefond), der 20 Millionen Kronen zur Verfügung hatte. Der Hypothekenfond entstand ebenfalls auf Initiative des Vorstands der Darlehenskasse und hatte Martin Hammerich als Geschäftsführer.⁷

Kreditgewährung und Kapitalnot

Die nordschleswigsche Bodenkreditanstalt, Sønderjyllands Kreditforening, wurde im Sommer 1920 eingerichtet, um den Bewohnern der neuen Landesteile günstige Kredite gewähren zu können. Mehrere existierende dänische Kreditanstalten versuchten, den Aufbau dieser Einrichtung zu verhindern - allerdings ohne Erfolg. Den Vorstand der Kreditanstalt bildeten O. Buhl und P. A. Callø. Die Kreditanstalt, deren Tätigkeit im Juni 1920 begann, hatte schon im März 1923 100 Millionen Kronen an Krediten vergeben. Aufgrund der geographisch begrenzten Tätigkeit der Kreditanstalt hatte der dänische Staat weitere finanzielle Unterstützung zugesagt. 1937 waren bereits 183 Millionen Kronen ausgeliehen worden, davon allein 166 Millionen Kronen für Bauernhöfe. Der größte Teil der nordschleswigschen Kreditgewährung wurde also schon in den ersten andert-halb Jahren ab Juni 1920 geleistet, und die Landwirtschaft war der dominierende Geschäftsbereich.⁸ Der Wegebauplan von 1921 sah den Ausbau von über 834 km Landes- und Gemeindewegen vor, der in einem Zeitraum von 12 Jahren durchgeführt werden sollte. Der dänische Staat bewilligte dazu 12 Millionen Kronen. Die Investition führte zum Aufbau eines nach den damaligen Verhältnissen sehr guten regionalen Straßennetzes.

Die Errichtung des Hochspannungswerks in Apenrade und die Elektrifizierung Nordschleswigs in den 1920er Jahren bildeten ebenfalls eine spürbare Modernisierung der regionalen Infrastruktur.⁹ Trotz vieler Investitionen blieben Kapitalnot und Kreditbedarf aber Probleme für die Regionalwirtschaft Nordschleswigs. Bis 1923, als dänische Reichsbank und Reichstag eine expansive währungspoliti-

sche Strategie verfolgten, um Produktion und Ausfuhr zu erhöhen, gab es eine gewisse Übereinstimmung zwischen den regional- und nationalwirtschaftlichen Zielen. Aber als die Reichsbank 1923 eine Stabilisierungspolitik anstrebte, war es mit dieser Gemeinsamkeit wieder vorbei. Die erfolgreiche Politik der Währungsstabilisierung hatte schwere wirtschaftliche Folgen für die neuen und verschuldeten Landesteile. Das hatte aber auch zur Folge, dass eine Art „nord-schleswigsche Verhandlungswirtschaft“ entstand. Der Vorstand der Darlehenskasse konnte wiederholt regionalwirtschaftliche Sonderregelungen für Nord-schleswig durchsetzen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die regionale Wirtschaftspolitik in Nordschleswig eine nationalpolitische Grundlage hatte.

Strategien für den Wiederaufbau in Südschleswig

In Deutschland war ein umfassender wirtschaftlicher Wiederaufbau um so mehr erforderlich, als die deutsche Kriegsführung und Kriegsfinanzierung eine beinahe völlig zusammengebrochene Wirtschaft hinterlassen hatte. Hinzu kamen die Bedingungen des Vertrags von Versailles, namentlich die territorialen Abtretungen, die Reparationsforderungen und die handelspolitischen Einschränkungen, die Deutschland auferlegt worden waren. In der Provinz Schleswig-Holstein wurde die Abtretung Nordschleswigs zu einem Synonym für den in der Allgemeinheit als Wurzel allen Übels wahrgenommenen Vertrag von Versailles. Für die regionalwirtschaftliche Politik der Provinz war dies von ebenso großer Bedeutung wie die Bedingungen von Versailles für die gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik.

Die wirtschaftlichen Überlegungen in der Provinz Schleswig-Holstein richteten sich deshalb auf die Frage, wie man die wirtschaftlichen Verbindungen zu Nordschleswig aufrecht erhalten könnte. Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins wollte vor allem Nordschleswig als Absatzmarkt behalten. Die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg war der eifrigste Fürsprecher dieser wirtschaftlichen Zielsetzung. Man war sich auch darüber einig, dass die Region einen starken Bedarf nach finanziellen Vorleistungen der Reichsregierung und der preußischen Landesregierung in Berlin hatte. Die Abtretung Nordschleswigs diente in dieser Hinsicht als gewichtiges Argument. Schließlich sah man in der deutschen Kultur in der Provinz das bestgeeignete Investitionsobjekt.

Inflation und Handel

Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Deutschland muss vor dem Hintergrund der

Inflation gesehen werden, die durch Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung bereits seit 1914 galoppierte. Jetzt konnte der Verfall des Geldwerts für die Demobilisierung genutzt werden. Um weitere politische Unruhen nach der Novemberrevolution abzuwehren, war es entscheidend, dass für die heimkehrenden Soldaten Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die Abwertung der Mark war der Ausfuhr aus Deutschland dienlich. Sie konnte die Produktion beschleunigen und somit Arbeitsplätze schaffen. Man fürchtete zu Recht, dass eine Stabilisierungspolitik die gegensätzliche Lage heraufbeschwören würde. Die Inflation konnte auch die handelspolitischen Begrenzungen aushöhlen, die Deutschland auferlegt worden waren. So sollte Deutschland nach §§ 264-267 des Vertrags von Versailles 27 Vertragsgegnern auf fünf Jahre bedingungslose Meistbegünstigungsklauseln verleihen.¹⁰ Ferner konnte die Inflation auch Zweifel an der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft schüren und damit, wie einige hofften, die Reparationsforderungen der Ententemächte einschränken.

Die Auswirkungen der Inflation hatten für die Zielsetzung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft also gewisse Vorteile. So wurde es wesentlich leichter, Nordschleswig als Absatzmarkt zu bewahren. Im Oktober 1921 schrieb der dänische Rat der Industrie (Industrirådet) auf Veranlassung mehrerer dänischer Unternehmer an den dänischen Handelsminister, dass die Absatzbedingungen für dänische Güter in die neuen Landesteile aufgrund der Konkurrenz durch spottbillige deutsche Waren schlecht waren. Auch die Ausfuhrermäßigungen, die der Flensburger Wirtschaft gewährt wurden, beunruhigten den Industrierat.¹¹ Diese wurden von der „Außenhandelsstelle Flensburg“ erteilt, die vom Auswärtigen Amt errichtet worden war und die Ausfuhr über die neue Grenze beaufsichtigen sollte. Somit war die Außenhandelsstelle in dieser Hinsicht auch eine Einrichtung, die den Kontakt zu den nordschleswigschen Kundenkreisen zu wahren half.

Die Inflation belebte auch den kleinen Grenzhandel. Der dänische Außenminister Harald Scavenius beschwerte sich im November 1921 wegen des sogenannten „Valutazuges“ beim deutschen Gesandten von Neurath. Allein im September 1921 hatten 121.000 Menschen die Grenze nach Deutschland überschritten, um dort günstig einzukaufen. Von Neurath antwortete dem Außenminister, „er sei an die falsche Adresse gekommen, er möge sich zunächst an die Entente wenden und eine Änderung des Versailler Vertrags herbeiführen.“¹² Diese Antwort belegt eindrucksvoll, wie die Inflation als Argument gegen die Reparationsforderungen der Ententemächte genutzt wurde.

Der Nordmarkfond

Trotzdem bestand ein hoher Bedarf an Kapitalzufuhr in das neue Grenzgebiet. Schon während der Abstimmungszeit hatten sowohl die Reichsregierung als auch die preußische Landesregierung staatliche Investitionen in der Provinz zugesagt. Flensburg wurde ein Freihafen versprochen, und eine neue Eisenbahnstrecke Flensburg-Husum sollte gebaut werden. Im Sommer 1920 stellten Reichsregierung und preußische Landesregierung je 50 Millionen Reichsmark im so genannten Nordmarkfond für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der zweiten Abstimmungszone, also die drei Kreise Flensburg Stadt, Flensburg Land und Südtondern, zur Verfügung. Am 1. Juli 1920 skizzierte Ministerialrat Dr. Rathenau vom preußischen Innenministerium die Richtlinien für Bewilligungen aus dem Nordmarkfond. Das Geld sollte vor allem zur Entschädigung für die Abtretung Nordschleswigs dienen und nicht als Entschädigung für Kriegsergebnisse oder Förderung nationalkultureller Zwecke verstanden werden. Die Kreisverwaltungen sollten ihre Wünsche und Bedürfnisse ausarbeiten und diese Regierungspräsident Johannes in Schleswig überreichen, der seine Empfehlungen an Oberpräsident Kürbis weitergeben sollte. Der Oberpräsident überreichte dann seine Empfehlungen dem preußischen Innenministerium, das den endgültigen Verteilungsplan genehmigen sollte. Schließlich sollten die einzelnen Auszahlungen des Fonds vom preußischen Innenministerium und Finanzministerium administriert werden. Dadurch dauerte es lange, bis die Auszahlungen des Nordmarkfonds ihr Ziel erreichten.

Von den 100 Millionen Reichsmark gingen 47,5 Millionen Mark an die Stadt Flensburg, 12,5 Millionen Mark an den Landkreis Flensburg und 23 Millionen Mark an den Kreis Südtondern. Darüber hinaus stellte man 2,5 Millionen Mark für einen Fischereifond und 14,5 Millionen Mark für kulturelle Zwecke zur Verfügung. Flensburg verwendete 27,5 Millionen Mark für die Errichtung des Freihafens. Das übrige Geld wurde in einen Silospeicher, den Wohnungsbau und die Kanalisation der Stadt investiert. Der Landkreis Flensburg verwendete den Zuschuss für die Kreisbahn, die Elektrifizierung, Meliorationsmaßnahmen und den Wohnungsbau. Der Kreis Südtondern nutzte das Geld für Maßnahmen zur Bodenverbesserung, Straßenbau und Wohnungsbau. Die 14,5 Millionen Reichsmark für kulturelle Zwecke standen im Gegensatz zum Plan von Ministerialrat Dr. Rathenau. Der Anlass dieser Kursänderung lässt sich mit den Worten des preußischen Innenministers C.S. Severing über den Verteilungsplan vom 13. Oktober 1920 erklären: „Es lässt sich nicht verkennen [...], dass eine starke deutsche Kulturpolitik im Interesse der Deutscherhaltung der Nordmark und der Festhaltung unserer Brüder am Deutschtum im verlorenen Gebiet von größter

Bedeutung ist; man erkennt immer mehr, dass einer der wichtigsten Gründe, die zum Verlust der ersten Abstimmungszone geführt haben, der Umstand war, dass es in Nordschleswig von altersher an einer systematischen Kulturpropaganda gefehlt hat.“¹³ Diese deutschnationale Kulturdimension wurde zu einem hervortretenden Aspekt beim Wiederaufbau der süd- schleswigschen Wirtschaft.

Der Schleswigfond

Im Frühjahr 1922 ergriff Oberpräsident Heinrich Kürbis (SPD) erneut die Initiative, um Zuschüsse aus Berlin zu bekommen. In einer Denkschrift mit dem Titel „Die dänische Gefahr und ihre Abwehr“ fasste der Oberpräsident Wünsche nach finanziellen Zuschüssen für kulturelle Institutionen wie Volkshochschulen, Nachschulen und Büchereien in allen schleswigschen Kreisen zusammen, nachdem er die dänischen Organisationen aufgezählt hatte. Alles in allem ging es um 40 Millionen Reichsmark.

Der Antrag wurde vom preußischen Staatsministerium am 16. Juni 1922 genehmigt und 40 Millionen Reichsmark für den sogenannten Schleswigfond bewilligt. Wieder wurden die einzelnen Auszahlungen von der Genehmigung sowohl durch Regierungspräsident und Oberpräsident als auch das preußische Innenministerium und Finanzministerium abhängig gemacht - trotz der schlechten Erfahrungen mit dem Nordmarkfond, die auch Oberpräsident Kürbis in seiner Denkschrift erwähnt hatte. Aber als die Inflation zur Hyperinflation wurde, führten selbst kleinere Verspätungen der Auszahlungen zu schweren Einbußen. 1923 mussten die Fondsmittel laufend erhöht werden. Im April 1923 stellte die preußische Landesregierung dem Schleswigfond noch 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung, im Juni 1923 weitere 250 Millionen Reichsmark für das neue Rechnungsjahr, die Reichsregierung zusätzlich 150 Millionen Reichsmark. Die preußische Landesregierung verzehnfachte im August 1923 ihre Bewilligung auf 2,5 Milliarden Reichsmark und die Reichsregierung ihre auf 900 Millionen Reichsmark. Im Zeitraum von September bis Dezember 1923 flössen die Milliarden in immer heftigerem Tempo, und laut Rechnungsabschluss im Januar 1924 summierten die Bewilligungen sich in diesem Zeitraum auf 1.619.295.671.470.000 Reichsmark. Im Januar 1924 - nach der Währungsreform - folgte dann eine letzte Bewilligung von 12 Millionen Mark für den Schleswigfond.¹⁴

Wichtiger als die Beträge des Schleswigfonds ist die Tatsache, dass die beiden Grenzfonds eine regionalwirtschaftliche Förderungskultur hervorbrachten, bei der die Schilderung der größten finanziellen und kulturellen Not die beste Aussicht auf Förderung hatte. Die Provinz wurde in ihrem Selbstverständnis vom

guten Willen und der Kasse der Zentralgewalt in Berlin abhängig. Hinzu kam, dass alle wirtschaftlichen Forderungen nationalpolitisch zu begründen waren, wobei man das Interesse Berlins an der Förderung der östlichen Grenzgebiete zum Vorbild nahm. Eine Stärkung der deutschnationalen Kultur wurde damit zum höchsten Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Ein Vergleich zwischen Nord- und Südschleswig

Ein Vergleich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf dänischer und deutscher Seite der neuen Grenze zeigt sowohl Unterschiede als auch Ähnlichkeiten. Die Strategien waren völlig verschieden. In Nordschleswig war es das Ziel, die neuen Landesteile völlig in die dänische Gesellschaft einzugliedern, um die Grenze zu befestigen. Investitionen und Kreditgewährung waren die wichtigsten Instrumente für dieses Vorhaben. Der Vorstand der Darlehenskasse für Nordschleswig fungierte dabei als Beratungs- und Verhandlungsinstitution gegenüber Regierung und Reichstag. Der Vorstand konnte bei praktisch allen regionalwirtschaftlichen Eingriffen des dänischen Staates ein gewichtiges Wort mitreden.

In Südschleswig war es sowohl ein Ziel als auch ein Mittel des Wiederaufbaus, die wirtschaftlichen Verbindungen zu Nordschleswig zu erhalten und Nordschleswig als Absatzmarkt zu bewahren. Damit wurde auch die kulturelle Verbindung zur deutschen Minderheit in Nordschleswig aufrecht erhalten. Die Inflation stärkte dabei den Export und konnte zudem als Argument gegen die Einhaltung von Auflagen des Versailler Vertrags genutzt werden.

Aber es gab auch Ähnlichkeiten. Auf beiden Seiten der Grenze diente der wirtschaftliche Wiederaufbau nationalpolitischen Zwecken, und gerade deshalb konnten die neuen Grenzgebiete regionalwirtschaftliche Sonderregelungen erreichen. Doch dadurch entwickelte man im Grenzland eine Zuschuss-Mentalität, und die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Zentralregierung nahm zu. Auch die Inflation der deutschen Reichsmark führte letztlich zu einer regionalwirtschaftlichen Schiefelage, die beiden Seiten zum Nachteil gereichte. Dies war diejenige Folge der Teilung Schlesiens, die sich in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg am stärksten auf die Regionalwirtschaft auswirkte.

Anmerkungen

- 1 Das Thema ist ein Teil des laufenden Forschungsprojekts des Verfassers über die regional wirtschaftlichen Auswirkungen der Teilung Schlesiens von 1920 bis 1939, das Mitte 2006 abgeschlossen wird.
- 2 Rigsarkivet København. Martin Hammerichs privatarkiv. Kriegerudvalgets forhandlingsprotokol.

- 3 Morten Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål 1918-1920, in: Sønderjyske Årbøger 2002, S. 61-118. Beretning om Virksomheden i Udligningskassen for de Sønderjyske Landsdele. København 1922.
- 4 Axel Hulegaard: Lånekassen for Sønderjylland gennem 25 Aar. København 1945.
- 5 Landsarkivet for Sønderjylland, Lånekassens arkiv, Nr. 1829.
- 6 Ebenda.
- 7 Axel Hulegaard: Lånekassen for Sønderjylland gennem 25 Aar. København 1945.
- 8 Sønderjyllands Kreditforening gennem 25 Aar. Hadersleben 1945.
- 9 Vagn Harsberg: De Sønderjyske Amtsråd indtil 1970, Apenrade 1984, S. 183-195.
- 10 Hans-Jürgen Schröder. Die politische Bedeutung der deutschen Handelspolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.): Die deutsche Inflation. Berlin 1982.
- 11 Erhvervsarkivet Aarhus, Industrirådets Arkiv, Journalsager /E 39.
- 12 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 309. Nr. 22560, Grenzabkommen und Grenzfragen.
- 13 LAS Abt. 309 Nr. 22229 Nordmarkfond. Stadtarchiv Flensburg, Abt. IIC, Nr. 458-459.
- 14 LAS Abt. 301 Nr. 5688-5690 Schleswigfond.

Aspekte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre

von MICHAEL RUCK

Der Norden im Strukturwandel der „langen Sechziger“

Im Laufe der „langen Sechziger Jahre“ hat der langfristige Modernisierungsprozess westlicher Industriegesellschaften einen säkularen Gipfelpunkt erreicht. Der beschleunigte Wandel wirtschaftlicher, gesellschaftlich-kultureller und institutioneller Strukturen, welcher in Europa mit dem Ende der Nachkriegszeit um 1958/ 59 einsetzte, um 1968/69 seine größte Dynamik entfaltete und sich nach der globalen Ölkrise von 1974/75 verlangsamt, rückt derzeit in den Fokus von Forschungen über „Strukturwandel und Modernisierung im Ostseeraum während der 1960er und 1970er Jahre“. Im Mittelpunkt sollte dabei die Schlüsselfrage nach den Antrieben und Motiven des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Strukturwandlungsprozesses sowie nach den etwaigen daraus folgenden Modernisierungseffekten stehen. Anzustreben ist, das gemeinsame Erkenntnisinteresse (nord)deutscher und dänischer Forschungen auf die strukturellen, kulturellen und mentalen Implikationen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Strukturwandels am Beispiel von drei regionalen Untersuchungsgebieten in unterschiedlich verfassten Industriegesellschaften zu richten: neben Schleswig-Holstein die angrenzende Region im Süden Dänemarks, Sønderjyllands Amt, sowie der Norden der ehemaligen DDR.

Diese Problemskizze ist aus den Vorarbeiten für solche Forschungen hervorgegangen. Im Mittelpunkt stehen einige zentrale Entwicklungsmerkmale und -probleme der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsstruktur von der Nachkriegszeit bis zum Ende des westeuropäischen Nachkriegsbooms. Zunächst werden kurz die Ausgangsbedingungen in den 1950er Jahren benannt. Sodann wird angedeutet, welche strukturellen Prozesse und politischen Einwirkungsversuche sich während der folgenden beiden Jahrzehnte zugetragen haben. Schließlich wird jene Situation Mitte der 1970er Jahre umrissen, deren Probleme in vielerlei Hinsicht bis in die Gegenwart hinein wirken.

Der Strukturwandel in Schleswig-Holstein als Gegenstand der Forschung

Die Geschichte des Landes von den späten 1950er bis in die 1970er Jahre hinein ist zwar von Ulrich Lange in der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ im Überblick vermessen, aber bislang noch nicht tieferschürfend erforscht worden.¹ Dies gilt auch für den doppelten Strukturwandel in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft des Landes.² Selbst in publizierten Erinnerungen werden die 1960er Jahre allenfalls gestreift. Für den Hauptprotagonisten einer regionalen Reformpolitik unter konservativen Vorzeichen, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU), firmieren erst die 1970er Jahre als das eigentliche „Jahrzehnt der Erneuerung und Modernisierung“.³ Tatsächlich gingen diese und andere Modernisierungsinitiativen jedoch auf Ansätze zurück, die auch im nördlichsten Land der Bundesrepublik Deutschland bis in die späten 1950er und frühen 1960er Jahre zurückreichten. Die wenigen bereits greifbaren Einzelbefunde der im Ganzen noch sehr lückenhaften Forschungsliteratur zur (Selbst-)Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein deuten allesamt darauf hin, dass der beschleunigte Strukturwandel der „Sixties“ sich hier grundsätzlich weder später noch weniger dynamisch vollzogen hat als in anderen Regionen Westdeutschlands oder im benachbarten Dänemark.⁴ Allerdings liefern die einschlägigen Kapitel Ulrich Langes und insbesondere die kurzen Beiträge von Helmut Nuhn zum „Wirtschaftsstrukturellen Wandel in Schleswig-Holstein“⁵ und von Dieter Harms zur „Konjunkturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins nach dem Zweiten Weltkrieg“⁶ bereits manche weiterführenden Hinweise, an die künftige empirisch-quellengestützte Forschungen anknüpfen können. Aus diesen Skizzen und aus vielerlei zeitgenössischen Materialien und späteren Einzelbefunden lässt sich das folgende Entwicklungsszenario ableiten.

Die Ausgangsbedingungen in der Nachkriegszeit

Die Ausgangsbedingungen für die regionalwirtschaftliche Modernisierung Schleswig-Holsteins in den 1950er Jahren waren in zweifacher Hinsicht außerordentlich ungünstig.

Erstens hatte das nördlichste Bundesland mit einer Reihe „ererbter“ Struktur-schwächen zu kämpfen. Diese waren namentlich die periphere Lage und Marktferne im deutschen und im mittel- bzw. westeuropäischen Kontext, das Fehlen eines impulsgebenden Wirtschaftszentrums im Lande selbst, die besonders schwach ausgebaute Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Versorgung und Kommunikation und die starke Dominanz des primären Sektors gegenüber den

nur punktuellen Industriestandorten und dem privaten Handels- und Dienstleistungsgewerbe sowie die vorwiegend extensive Produktions-ausrichtung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft.

Hinzu kamen nach dem Zweiten Weltkrieg weitere strukturelle Hypotheken. Die erste Belastung war ein konstitutiver Defekt. Bereits während der Beratungen des Parlamentarischen Rates 1948/49 sprachen klarsichtige Zeitgenossen wie der Ökonom und SPD-Politiker Fritz Baade dem vormaligen preußischen Regierungsbezirk im Status einer Provinz die wirtschaftliche und damit auch die politische Lebensfähigkeit ab. In der amtliche Begründung der Landessatzung vom Dezember 1949 hieß es denn auch ohne Umschweife: „Die Vorlage dieses Entwurfs an den Landtag bedeutet nicht, dass die Landesregierung oder der Landtag einen Staat Schleswig-Holstein ins Leben rufen will und sich dadurch endgültig mit der von der [britischen] Besatzungsmacht getroffenen Entscheidung abfindet oder gar identifiziert. [...] Die Landesregierung steht ebenso wie der Landtag auf dem Standpunkt, dass Schleswig-Holstein nach seiner Struktur nicht geeignet ist, in seinem heutigen Umfang und mit seiner heutigen Bevölkerung unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die einem deutschen Land obliegenden Aufgaben zu erfüllen.“⁷ Im Parlament stellte der zuständige Minister und nachmalige Oppositionsführer Wilhelm Käber (SPD) die Lebensfähigkeit und Existenzberechtigung des Landes, das „nur als ein mangelhaftes Provisorium ohne deutsche Beteiligung geschaffen(en)“ worden sei, noch drastischer in Abrede: „Jede gesunde Bundesverfassung hat die Lebensfähigkeit der diesen Bund bildenden Glieder zur Voraussetzung. [...] Diese Lebensfähigkeit [...] muss für Schleswig-Holstein in seinen heutigen Grenzen und in seiner heutigen sozialen und wirtschaftlichen Struktur bezweifelt werden. Schleswig-Holstein ist in seinem sozialen Gefüge das meistbelastete, nach seinem Steueraufkommen das ärmste, nach seiner geographischen Lage das abgelegenste und als Grenzland das von volks- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen am meisten in Mitleidenschaft gezogene Land der Bundesrepublik Deutschland.“

Die zweite zusätzliche Belastung stellten jene Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen dar, welche während der Jahre des Zusammenbruchs des Deutschen Reichs ins Land gekommen waren und in den folgenden zwei Jahrzehnten große inner- und interregionale Mobilitätsströme auslösten, die planerisch und infrastrukturell nur mühsam zu bewältigen waren.

Eine dritte, schwere Hypothek der Nachkriegszeit war der doppelte Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes. Im Südosten unterbrachen die deutsche Teilung und der Kalte Krieg traditionelle Lieferbeziehungen nach Mecklenburg und Berlin. Im Norden wurden die seit 1920 ohnehin zerrütteten Wirtschaftsbeziehungen

zwischen Nord- und Südschleswig durch die Nachwirkungen der deutschen Besatzung und dann auch durch die Zugehörigkeit beider Räume zu unterschiedlichen Wirtschaftsverbänden (EWG/EG bzw. EFTA) weiter in Mitleiden-schaft gezogen. Damit blieb die schleswig-holsteinische Wirtschaft in erster Linie auf einen viel zu kleinen Binnenmarkt und auf die Hafenmetropole Ham-burg verwiesen.

Schleswig-Holstein während des Booms der 1960er Jahre

Die regionalwirtschaftliche Entwicklung von den späten 1950er bis in die frühen 1970er Jahre wurde in struktureller Hinsicht durch fünf wesentliche Vorgänge und Sachverhalte geprägt. Zum Ersten betraf dies die Bevölkerungsentwicklung. Vornehmlich jüngere und mobilere Angehörige der zugewanderten, zunehmend aber auch der eingewachsenen Bevölkerung wanderten aus den ländlichen Rand-gebieten ins Hamburger Umland⁸ oder in prosperierende Regionen in West- und Süddeutschland ab.

Zweitens verschob sich das Verhältnis zwischen den drei grundlegenden Wirt-schaftssektoren. Der primäre Sektor (Landwirtschaft, Fischerei, Rohstoffproduk-tion) büßte zwar an relativer Bedeutung ein, behielt aber im nationalen Vergleich ein überproportionales Gewicht. Der warenproduzierende sekundäre Sektor ge-wann zwar an Bedeutung, fiel jedoch seit Ende der 1960er Jahre bereits wieder überproportional zurück. Der tertiäre (Dienstleistungs-)Sektor nahm zwar stän-dig an Bedeutung zu, doch wurde dieser Aufschwung - im Vergleich zu anderen Bundesländern - überproportional stark von staatlichen und anderen öffentlichen Leistungserbringern getragen.

Drittens prägten regionale Unterschiede innerhalb des Landes die regionalwirt-schaftliche Entwicklung. Die Mobilitätsströme und sektoralen Umschichtungen verstärkten generell das traditionelle Nord-Süd-Gefälle wie auch das West-Ost-Gefälle; Teile des südöstlichen Raumes Lübeck/Lauenburg konnten jedoch von dieser Verlagerung kaum profitieren.

Die relativ hohe Arbeitslosigkeit war der vierte Faktor. Durchweg lag die Er-werbslosenquote in Schleswig-Holstein signifikant über dem Bundes-durchschnitt. Zwar verringerte sich dieser Abstand zwischen 1960 und 1980 ein wenig. Diese Feststellung unterstreicht aber auch die strukturell bedingt über-höhte Konjunkturanfälligkeit der regionalen Wirtschaft.

Zum fünften hielt die permanente Wachstumsschwäche an. Während der 1950er Jahre und seit Ende der 1970er Jahre wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein kaum stärker als im Bundesgebiet insgesamt; davor und danach blieben die Wachstumsraten im nationalen Vergleich erkennbar zurück.

Eingedenk der statistischen Basiseffekte konnte also von einem regionalwirtschaftlichen Aufholprozess niemals wirklich die Rede sein.

In strukturpolitischer Hinsicht wurde die regionalwirtschaftliche Entwicklung von den späten 1950er bis in die frühen 1970er Jahre im Wesentlichen durch Modernisierungsinitiativen auf folgenden Feldern mit geprägt: Zum ersten war dies die sektorale Strukturpolitik. Herausragendes Beispiel dafür ist das 1953 angelaufene „Programm Nord“ zur strukturellen Modernisierung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes an der Peripherie des Landes. Später gewannen weitere branchenbezogene Strukturhilfen, vor allem für die Werften sowie metallschaffende und -verarbeitende Betriebe, an Bedeutung.

Zweitens gab es strukturpolitische Initiativen. Auch in dieser Hinsicht wirkte das „Programm Nord“ bahnbrechend; es zielte auf den Abbau des traditionellen Nord- Süd-Gefälles. Ebenfalls seit 1953 sollte die „Zonenrandförderung“ zunächst dien teilungsbedingten Sonderprobleme im Südosten bewältigen helfen. Die nach der Verfassungsreform von 1968 eingeführte „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zielte vornehmlich auf den Abbau des traditionellen West-Ost-Gefälles im Lande.

Drittens beeinflussten besondere Strukturhilfen aus Bundes-, Landes- und europäischen Förderprogrammen im ganzen Land die Entwicklung. Hierzu zählten namentlich der Wohnungsbau als früher Förderungsschwerpunkt der 1950er Jahre, der Bau von Verkehrswegen (Fernstraßen) als ein weiterer früher Förderschwerpunkt seit den 1950er Jahren, der Ausbau der großen Anzahl von Bundeswehrstandorten seit Mitte der 1950er Jahre, Ausbau der Stromenergiewirtschaft seit Ende der 1950er Jahre mit den Schwerpunkten Infrastruktur (Leitungsnetze) und Bau von Kernenergieanlagen (Krümmel, Brokdorf, Brunsbüttel), die erst in den 1980er Jahren ans Netz gelangten, und nicht zuletzt der Ausbau von Bildungs- und Kultureinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Bibliotheken) seit Mitte der 1960er Jahre.

Alle diese Strukturhilfeprogramme zielten jeweils auch auf die Förderung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft und damit auf die Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes. Zusammen verwandelten sie das gesamte Land Schleswig-Holstein in ein geschlossenes Subventionsgebiet - mit teilweise beträchtlichen kumulativen Effekten, die sich aus überlappenden Fördergebieten verschiedener Programme ergaben (vgl. Abb. 1).

Zur Koordination des hochkomplexen Fördergeschehens und zur effektiveren Nutzung der eingesetzten Ressourcen bedurfte es einer effektiveren Verwaltungsstruktur. Seit Mitte der 1960er Jahre konzentrierten sich die Modernisierungsanstrengungen der Landespolitik - mehr oder minder erfolgreich - auf drei Schwerpunkte, namentlich auf die Entwicklung von Planungs-instrumenten

(Raumordnungsberichte; Planungsräume), auf die Errichtung eines abgestuften zentralörtlichen Systems sowie auf die territoriale und funktionale Verwaltungsreform, wie sie schon seit Anfang der 1960er Jahre in Dänemark forciert worden war⁹ und dann auch in den meisten deutschen Bundesländern in Angriff genommen wurde.¹⁰ Sowohl die direkten Subventionen als auch die Komplementärmaßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Position Schleswig-Holsteins verschlangen nicht nur enorme Ressourcen. Darüber hinaus produzierten sie auch gravierende Folgeprobleme. Erstens wurden viele Infrastrukturprojekte erst im Laufe der 1970er, teilweise sogar der 1980er Jahre (z.B. Atomkraftwerke) fertig, als sich die Bedarfslage bereits deutlich verändert hatte. Daraus resultierten teils sehr niedrige Wirkungsgrade und ungünstige Kosten-Nutzen-Relationen. Vielfach sind - aus der Rückschau - massive Fehlallokationen des eingesetzten Kapitals und dementsprechend hohe Opportunitätskosten zu beklagen (z.B. Industriegebiet Brunsbüttel und Werftthilfen).

Zweitens verminderten sich die politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf Landesebene zusehends. Unter dem faktischen Diktat von Bund-Länder-Programmen und europäischen Förderrichtlinien lag die regionalwirtschaftliche Situation und Entwicklung immer weniger in den Händen regionaler und kommunaler Akteure. Zusätzlich verengten die von ihnen jeweils aufzubringenden Komplementärfinanzierungen ihre aktuellen und zukünftigen Handlungsspielräume.

Drittens barg die wachsende Abhängigkeit der regionalwirtschaftlichen Entwicklung von öffentlichen Subventionen verschiedenster Herkunft das hohe Risiko prozyklischer Förderkürzungen, die konjunkturelle Abschwächungstendenzen noch verstärkten. Als das Ende der Nachkriegsprosperität die öffentlichen Haushalte seit 1973/74 in eine Dauerkrise stürzte, zeigte sich dies in Schleswig-Holstein besonders schmerzhaft. Denn die ohnehin besonders hohe Konjunkturrempfindlichkeit der strukturschwachen Regionalwirtschaft wurde durch den raschen Wegfall oder Rückgang vieler Fördergelder zusätzlich verstärkt.

Die gegenwärtigen Strukturprobleme

Diese knappe Problembeschreibung leitet über zur abschließenden Betrachtung der regionalwirtschaftlichen Situation am Ende der „langen sechziger Jahre“. Sie wurde vor allem durch traditionelle und nach dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich entstandene strukturelle Hypotheken der regionalen Wirtschaft, die inzwischen nur teilweise abgetragen worden waren, und durch die während der Prosperitäts- und Modernisierungsphase des vorausgegangenen Jahrzehnts aufgelaufenen -

materiellen wie immateriellen - Kosten der regionalen Strukturentwicklungspolitik geprägt. In dieser Situation traten verschiedene Belastungsfaktoren und Krisensymptome zutage, darunter namentlich die unterdurchschnittliche Exportquote des produzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein, die anhaltende Abhängigkeit von einem allzu kleinen regionalen Binnenmarkt, der überproportional von finanziell notleidenden öffentlichen Nachfragern bestimmt wurde, und jene konjunkturelle „Pufferfunktion“ peripherer Produktionsstandorte, welche nun in Schleswig-Holstein voll durchschlug: Die Schließung strukturschwacher Betriebe und Branchen - gerade noch konkurrenzfähige „Grenzanbieter“ des nationalen Marktes in Zeiten voller Kapazitätsauslastungen - und der Abbau „verlängerter Werkbänke“ fügten sich in ein restriktives Gesamtszenario, das auch durch einen gewissen Aufschwung touristischer Dienstleistungen - die damals viel beschworene „weiße Industrie“ - und punktuelle Entwicklungen „neuer“ Branchen nicht annähernd kompensiert werden konnte.

Zudem gab es latente Belastungsfaktoren, die nach dem Ende des Kalten Krieges im Zuge der deutschen und europäischen Wiedervereinigung rasch sichtbar wurden. Sie prägen die aktuelle Lage der schleswig-holsteinischen Regionalwirtschaft maßgeblich mit: Zum einen ist hier der Funktionswandel der deutschen und alliierten Streitkräfte von einer Territorialverteidigungsarmee zu global einsetzbaren Kriseninterventionskräften zu nennen. Daraus resultierte ein massiver Rückzug der Bundeswehr aus der Fläche. Von der anhaltenden Welle von Standortschließungen war und ist auch und gerade Schleswig-Holstein betroffen - vor allem der ohnehin strukturschwache nördliche Landesteil. Zum anderen ist auf die Existenz potentiell attraktiver Anbieter touristischer Dienstleistungen auf dem Territorium der früheren DDR, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, zu verweisen. Im Laufe der 1990er Jahre hat sich daraus - wiederum mit Hilfe großangelegter Subventionen - eine teils übermächtige Konkurrenz der weithin veralteten Tourismusbranche Schleswig-Holsteins entwickelt.

Infolgedessen wird die strukturelle Entwicklung der schleswig-holsteinischen Regionalwirtschaft seit einem Vierteljahrhundert wesentlich durch zwei Tendenzen gekennzeichnet: Erstens durch eine wieder wachsende Kluft zwischen der Wirtschaftsentwicklung in den westdeutschen Bundesländern und in Schleswig-Holstein und zweitens durch eine wieder zunehmende Ausprägung regionaler Disparitäten innerhalb des Landes - trotz der grundsätzlichen Wiedererreichbarkeit des wirtschaftlichen „Hinterlandes“ im Südosten und - schon zuvor- im Norden. An diese Feststellungen knüpft sich in der Summe die Frage, ob die eigenständige Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Bundeslandes Schleswig-Holstein vor gut einem halben Jahrhundert womöglich zutreffend bezweifelt

worden ist.

Anmerkungen

- 1 Kurt Jürgensen/Ulrich Lange, Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Neumünster 2003, S. 623-769.
- 2 Vgl. einstweilen im Überblick Uwe Danker, Industrieller Strukturwandel 1965-1985, in: ders., Die Jahrhundert-Story, Bd. 2, Flensburg 1999, S. 28-47; ders., Strukturwandel in der Landwirtschaft seit 1950, in: Die Jahrhundert-Story, Bd. 3, Flensburg 1999, S. 28- 47; vgl. ferner Barbara Langlet-Ruck, Die Veränderungen des Arbeitskräftebesatzes in der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg - Ursachen, Verlauf, sozialräumliche Auswirkungen, Diss. Kiel 1987.
- 3 Gerhard Stoltenberg, Erinnerungen und Entwicklungen. Deutsche Zeitgeschichte 1945-1999, Hamburg 1999, S. 59-69.
- 4 Vgl. dazu im Überblick Uwe Danker, Landespolitik 1950 bis 1967, in: Die Jahrhundert- Story, Bd. 3, S. 148-167; ders.: Landespolitik 1967-1983, in: Die Jahrhundert-Story, Bd. 2, S. 228-247.
- 5 Helmut Nuhn, Von der Agroindustrie zur Medizintechnik. Wirtschaftsstruktureller Wandel in Schleswig-Holstein, in: Geographische Rundschau 42 (1990), S. 246-255.
- 6 Dieter Harms, Konjunkturelle Entwicklung Schleswig-Holsteins nach dem zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Brockstedt (Hg.), Wirtschaftliche Wechsellagen in Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Neumünster 1991, S. 295-323.
- 7 Zit. nach: Uwe Barschei/Volkram Gebel, Landessatzung für Schleswig-Holstein. Kommentar, Neumünster 1976, S. 90 f.
- 8 Vgl. dazu Michael Ruck/Axel Schildt, Suburbane Erfahrungsräume: Das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre (Projektbericht), in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2004, 2. Halbjahresbd., S. 104-106.
- 9 Vgl. dazu etwa Tyge Haarlev, Unterschiede der Kommunalverwaltung nördlich und südlich der Grenze, in: Grenzfriedenshefte (GFH), H. 2/1966, S. 107-112; Rudolf Stehr, Kommunalreform in Dänemark, in: GFH, H. 3/1968, S. 151-157; H. Neerhej, Die Grundlagen der dänischen Kommunalordnung von 1970, in: GFH, H. 2/1974, S. 73-78.
- 10 Vgl. dazu Michael Ruck, Stabilität und Wandel innerer Grenzen: die kommunale Gebietsreform der 1960er und 1970er Jahre in Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holstein Topographie, Bd. 4, Flensburg 2004, S. XXII-XXX; Holger Knudsen, Auswirkungen des Verlustes des Kreissitzes. Untersuchung am Beispiel Schleswig-Holsteins, Baden-Baden 1979; vgl. ferner aus der älteren und zeitgenössischen Literatur Heinz Adler, Die Gebietsreform in Schleswig-Holstein, in: GFH, H. 1/1969, S. 19-36; Reimut Jochimsen u.a., Gebietsreform und regionale Strukturpolitik. Das Beispiel Schleswig-Holstein, Opladen 1971.

Sønderjyllands Amt und Landesteil Schleswig – eine Grenzregion

von SUSANNE BYGVRÅ

Die vorherigen Beiträge haben die regionale Wirtschaft aus dem Blickwinkel des Historikers betrachtet. Dieser Beitrag hingegen hat einen sozialwissenschaftlichen Ausgangspunkt. Auch innerhalb dieses Fachgebietes kennt man verschiedene Betrachtungsweisen des Begriffs „Regionalwirtschaft“: Während Wirtschaftswissenschaftler darunter häufig „Wirtschaft auf regionalem Niveau“ verstehen, bezeichnet der Begriff für eine Geographin wie die Verfasserin dieses Beitrags stärker die Rahmenbedingungen, die für Unternehmen in einer Region im Vergleich zur Situation in anderen Regionen bestehen.

Die regionalwirtschaftlichen Verhältnisse eines Gebietes spiegeln sich u.a. in der Zusammensetzung von dessen Wirtschaft wider. Abbildung 1 zeigt, wie es im Jahr 2001 in Sønderjyllands Amt und im Landesteil Schleswig aussah. Zum Vergleich wird auch die Verteilung für ganz Dänemark und für Schleswig-Holstein gezeigt. Man sieht, dass beide Seiten des Grenzlandes typische Randgebiete sind, in denen relativ viele Menschen im Primärsektor, besonders in der Landwirtschaft, beschäftigt sind. Daneben unterscheidet sich Sønderjyllands Amt sowohl vom Landesteil Schleswig als auch von Dänemark als Ganzem dadurch, dass es eine hohe Zahl von Beschäftigten in Produktionsbetrieben, Industrie und Handwerk aufweist. Im Gebiet südlich der Grenze sind diese Bereiche deutlich schwächer ausgeprägt, auch im Vergleich mit dem übrigen Schleswig-Holstein. Hingegen verfügt dieses Gebiet über einen höheren Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor.

Ein übergeordnetes Maß für die wirtschaftliche Situation ist die Wertschöpfung, die sich in dem betreffenden Gebiet findet. Nach diesem Maßstab liegt die Region insgesamt gesehen ziemlich im Durchschnitt, wenn man sie mit den übrigen 25 EU-Ländern vergleicht. Wenn man den Durchschnittswert dieser Länder mit 100 bezeichnet, liegt Sønderjyllands Amt bei 104,7. Südlich der Grenze gibt es statistische Angaben für jedes der drei Verwaltungsgebiete: Die kreisfreie Stadt Flensburg erreicht einen Wert von 121,8, die beiden Landkreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg 88,4 und 66,5, was sie im Verhältnis zu anderen Gebieten schlechter platziert.¹

Das hier gezeigte Bild ist von einer Reihe Faktoren bestimmt, die auch die Ent-

wicklung der kommenden Jahre beeinflussen werden. Ein wesentlicher Faktor ist der historische Ausgangspunkt, der Gegenstand der vorherigen Beiträge gewesen ist. Dieses Element wird daher hier nicht weiter behandelt. Das Gleiche gilt für einen anderen bedeutenden Faktor, nämlich den Einfluss von außen. Behandelt werden dagegen zwei weitere Faktoren, nämlich die Randlage weit entfernt von den Hauptstädten und übrigen Zentren beider Länder und die Lage an der Landesgrenze. Für beide Faktoren gilt, dass sie sowohl mit Vorteilen als auch mit Nachteilen verbunden sind. Auf der Basis von Beispielen der letzten Jahrzehnte sollen auf den folgenden Seiten Vorteile und Nachteile aufgezeigt werden sowie Überlegungen darüber angestellt werden, wie diese Faktoren das Gebiet in den kommenden Jahren beeinflussen werden.

Vorteile eines Randgebietes

Aus dänischer Sicht ist Sønderjyllands Amt ein Randgebiet, das weit von der Hauptstadt und anderen größeren Städten entfernt liegt. Entsprechend ist auch der Landesteil Schleswig ein Randgebiet in Deutschland. Eine solche Lage gilt als strukturelles Problem für die Entwicklungsmöglichkeiten. Und doch kann eine Randlage auch Vorteile haben. Dabei handelt es sich nicht nur um viel Natur und gute Luft, sondern auch um Faktoren, die für ein Unternehmen relevant sein können, das über eine Ansiedlung nachdenkt. Diese Vorteile hängen mit der niedrigeren Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten in typischen Randgebieten zusammen.

Ein Resultat der geringeren Nachfrage nach Baugeländen ist, dass die Grundpreise niedriger sind als in Großstädten und deren Umgebung. Außerdem gibt es Kommunen in Randgebieten, die so eifrig Unternehmen anlocken oder behalten wollen, dass sie ihnen bessere Bedingungen als andere Kommunen anbieten. Hier kommen zum Beispiel die Erschließungskosten eines Baugeländes ins Spiel. Auch die Lohnkosten können niedriger sein. Von 1987 bis 1997 lag der Durchschnittslohn in Sønderjyllands Amt etwa 6 Prozent unter dem dänischen Durchschnitt, während er im Landesteil Schleswig zwischen 9 und 13 Prozent unter dem Durchschnitt Schleswig-Holsteins lag.² Teilweise spiegeln diese Zahlen die Unterschiede in der Zusammensetzung der Arbeitskraft verschiedener Regionen wider. Doch auch in den gleichen Branchen kann es regionale Lohnunterschiede geben. Diese Beispiele zeigen, dass Randgebiete für Unternehmen einige Vorteile haben können.

Vorteile eines Grenzgebietes

Die Teilung der Region Sønderjylland/Schleswig durch die Landesgrenze hat einige Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes. Auf der dänischen Seite steht die große Bedeutung des Transportgewerbes in einem klaren Zusammenhang mit der Grenze. Jahrzehntlang hat die Grenznahe den Nährboden für eine große Zahl von Fuhrunternehmern und Spediteuren geliefert. Das sieht man daran, dass rund 20 Prozent der Arbeitsplätze in der Kommune Bau 2001 innerhalb des Transportsektors lagen, der im übrigen Sønderjyllands Amt wie in ganz Dänemark bei etwa 5 Prozent steht.³

Auch auf der deutschen Seite gibt es einen Wirtschaftszweig, der jahrelang die trennende Funktion der Grenze ausnutzen konnte. Der Einzelhandel hat von einem großen Zustrom dänischer Kunden profitieren können, seitdem Dänemark 1973 Mitglied der EG wurde. Von diesem Zeitpunkt an wurden die dänischen Einfuhrbestimmungen nach und nach erleichtert, um an die an den Grenzen zwischen den anderen Mitgliedsstaaten geltenden Regeln angepasst zu werden. Damit wurde es für dänische Kunden möglich, die niedrigeren deutschen Preise auszunutzen. In Dänemark besonders hoch besteuerte Waren wie etwa Bier und Wein wurden in großen Mengen aus Deutschland eingeführt.⁴ Abbildung 2 zeigt, dass es sich dabei nicht nur um eine Umverteilung innerhalb des Grenzgebietes handelt. Fast 66 Prozent aller Dänen, die 2003 in Deutschland Einkäufe tätigten, wohnten mehr als 50 Kilometer von der Grenze entfernt. Die meisten von ihnen wohnten also außerhalb des Amtes Sønderjylland. Diese Kunden standen zusammen für etwa drei Viertel des Umsatzes von rund 6,2 Milliarden Kronen, welche dänische Kunden in Geschäften südlich der Grenze ausgaben. Aber auch auf dänischer Seite gibt es Läden, die vom Grenzhandel profitieren: Dies gilt besonders für Läden in den Grenzkommunen Bau und Tondern. Der Tourismus ist eine andere Branche, die von der Grenze profitierte. Eine nationale Grenze ist eine Pforte zum Ausland, und der Besuch im Nachbarland ist verlockend und nicht mit besonderen Risiken verbunden. Viele Dänen haben in der Vergangenheit den Grenzhandel mit dem Tourismus auf beiden Seiten der Grenze verbunden. Als Kuriosum kann ein Beispiel aus der Zeit vor der Errichtung des Binnenmarktes 1993 genannt werden. Damals verbrachten viele Dänen einige Sommerwochen auf Campingplätzen nahe der Grenze, um auf diese Weise täglich die zugelassenen Rationen u.a. von Zigaretten, Bier und Wein zu kaufen und ihre Lager aufzufüllen.

Ein anderer Vorteil kann darin bestehen, dass Unternehmen und Investoren die unterschiedlichen Bestimmungen südlich und nördlich der Grenze ausnutzen. So wurde die Einrichtung deutscher Call-Center in Dänemark damit begründet,

dass es hier einfacher war, Angestellte rund um die Uhr arbeiten zu lassen. Auch der Verlauf der Verhandlungen um den Bau eines großen Einkaufszentrums in Flensburg, in denen die Kommune Bau als Alternativ-Standort in Betracht gezogen wurde, muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Auch gibt es Beispiele dafür, dass es für öffentliche Institutionen Vorteile haben kann, in einem Grenzgebiet angesiedelt zu sein. So überlebten sowohl die Kaserne als auch das Lehrerseminar in Tondern viele Streichungsrunden mit Hinweis auf ihre Bedeutung für das Grenzland. Auch im Landesteil Schleswig spielte die Bundeswehr sehr lange eine herausragende Rolle.

Schließlich ist die Lage an der Grenze ein Grund für besondere Programme zur Wirtschaftsförderung. Südlich der Grenze können etwa das „Programm Nord“ und die Zonenrandförderung genannt werden. Während Ersteres den ganzen Landesteil Schleswig umfasste, war Letztere ursprünglich für das Gebiet entlang der deutsch-deutschen Grenze bestimmt, wurde aber bis zur dänischen Grenze hinaufgeführt und umfasste auch Flensburg und den heutigen Kreis Schleswig-Flensburg. Heute gibt es in Grenzregionen für die unterschiedlichsten Projekte spezielle Fördermöglichkeiten durch die Interreg-Programme der EU.

Nachteile eines Randgebietes

Viele Nachteile, die aus einer Randlage resultieren, liegen auf der Hand. In unseren Tagen betrifft das nicht mehr den Transport von Rohstoffen und Produkten und die Kommunikation des Unternehmens mit dem Rest der Welt. Physischer Transport in die ganze Welt kann innerhalb weniger Tage stattfinden, und die Kommunikation kann innerhalb weniger Minuten abgewickelt werden. Das Problem sind jene Aktivitäten, die eine tägliche physische Anwesenheit verlangen. Im Folgenden seien einige der Verhältnisse genannt, die das Leben in Randgebieten erschweren können.

In Sønderjyllands Amt gibt es keine attraktive Großstadt und nur ein begrenztes Angebot für höhere Ausbildungen, so dass viele junge Menschen aus dem Gebiet abwandern. Abbildung 3 zeigt, dass es einen markanten Abwanderungsüberschuss vor allem unter den 20- bis 24-jährigen gibt. Diese Abwanderung ist für den Arbeitsmarkt und die lokale Nachfrage von großer Bedeutung. Dabei sollte es nicht als Problem aufgefasst werden, wenn junge Menschen wegreisen und neue Impulse bekommen. Das Problem entsteht erst, wenn sie nicht wieder zurückkehren.

So entsteht das zusätzliche Problem, dass es Unternehmen schwer haben können, qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen. Ein potentieller Mitarbeiter kann Schwierigkeiten bekommen, auch für den Ehepartner eine Anstellung zu finden.

Auch der Mangel an anderen relevanten Unternehmen kann ein Hinderungsgrund sein. Denn viele Menschen - und gerade die Hochqualifizierten - setzen heute auf eine Karriere, bei der der Lebenslauf durch regelmäßige Arbeitsplatzwechsel interessanter gemacht wird. Hier haben die größeren Städte mit ihren Angeboten ähnlich beschaffener Arbeitsplätze einen klaren Vorteil.

Nachteile eines Grenzgebietes

Wie bereits gesagt, nutzen einige Läden den Kundenstrom aus dem Nachbarland gerne aus. Doch auf der anderen Seite haben es viele Geschäfte nördlich der Grenze schwer, ihre Kunden zu halten. Obwohl es auch einige Deutsche gibt, die zum Einkäufen nach Dänemark fahren, profitieren davon nur wenige Orte und Branchen, während die meisten in ihrer Grenzhandelsbilanz Unterschüsse aufzuweisen haben.

Es stimmt wie oben erwähnt nicht, dass Geschäfte in der Nähe einer Grenze nur über das halbe Hinterland verfügen, weil der Rest durch die Grenze abgeschnitten sei. In anderen Branchen ist dies hingegen sehr wohl der Fall. Es müssen schon außergewöhnliche Umstände eintreten, bevor Menschen ihr Konto bei einer Bank im Nachbarland eröffnen. Daran ändert die Offenheit der Grenze für Waren und Dienstleistungen nichts. Auch Erfahrungen aus den Grenzgebieten der Pionierländern des gemeinsamen Marktes zeigen, dass ihre Grenzen immer noch als Barriere für viele alltägliche Aktivitäten wirken.

Zu den größten Hindernissen zählen u.a. die unterschiedlichen Gesetze-regelungen und die fehlende Kenntnis der vorhandenen Möglichkeiten. Das kann dazu führen, dass z.B. Behandlungen bei Zahnärzten im Nachbarland nur eingeschränkt stattfinden, ebenso wie die Suche nach Arbeit auf der anderen Seite unüberschaubar werden kann. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass die deutsch-dänische Grenze auch eine Sprachgrenze ist. Auf diese Weise nimmt die Grenze vielen Betrieben und Menschen tatsächlich das natürliche Hinterland.

Zukunft als Randgebiet

So wie alle anderen Gebiete steht auch diese Region vor großen Herausforderungen. Einige davon hängen mit dem Status beider Landesteile als Randgebiete zusammen. Eine der wichtigsten dürfte sein, die Anreize für hochgebildete Personen zu erhöhen, sich in dieser Region niederzulassen. Geschieht das nicht, droht das Gebiet zu einer Wüste im Bereich hochtechnologischer und

innovativer Unternehmen zu werden.

Eines der Probleme, die man in Sønderjyllands Amt fühlen kann, ist die fehlende Großstadt. Südlich der Grenze ist Flensburg unstrittig das Zentrum für den Landesteil Schleswig. Doch obwohl die Stadt nahe der Grenze liegt, spielt sie für die Bevölkerung nördlich der Grenze kaum eine Rolle. Die nationale Grenze verhindert, dass Flensburg auch für Nordschleswig Zentrum sein kann, weil viele Funktionen eines Zentrums an nationale Netzwerke und Systeme angebunden sind. Besser steht es dagegen in den Bereichen Kultur und Unterhaltung sowie in verschiedenen privatwirtschaftlichen Dienstleistungen. Daneben könnte es aber auch Beispiele aus dem Bereich von Dienstleistungen für die Wirtschaft geben. Es besteht ja kein Zweifel daran, dass Flensburg für einen Teil des nördlichen Nachbargebiets das Zentrum gewesen wäre, wenn es eben die Grenze nicht gäbe. Es müssen weitere Barrieren überwunden werden, um sich besser mit dem Nachbarland zu vernetzen.

Die Ziele der Förderung müssen realistisch sein. Das um sich greifende Benchmarking, wo man Gebiete an Hand einer Reihe Indikatoren miteinander vergleicht, kann ein gutes Hilfsmittel sein, aber auch auf eine weniger sinnvolle Weise gebraucht werden. Wenn man sich über seine eigenen Ziele nicht im klaren ist, kann man leicht falschen Vorbildern verfallen, deren Status man ohnehin nie erreichen kann. So können Vergleiche mit einem Gebiet, das echte Großstädte umfasst, leicht zu falschen Schlüssen führen. Auch ist es falsch zu glauben, dass man in allen Dingen gleich stark sein muss, statt die eigenen Stärken zu fördern. Wie ein Sprichwort sagt: „Wer immer nur anderen hinterherrennt, wird nie selbst an der Spitze laufen.“

Zukunft als Grenzgebiet

Manche der oben genannten Vorteile, die aus der Grenzlage resultieren, haben sich inzwischen reduziert, und andere können bald ebenfalls in Gefahr geraten. So wurden die militärischen Anlagen im Landesteil Schleswig deutlich verringert, und in Tondern sind die Kaserne und das traditionsreiche Lehrerseminar inzwischen doch geschlossen worden. Dazu kommt, dass der Binnenmarkt Pattburgs Bedeutung für das Transportgewerbe verringert hat. Abbildung 5 zeigt eine Konsequenz daraus, nämlich dass der Anteil der Beschäftigten im Transportsektor in der Kommune Bau in der Zeit von 1993 bis 2004 um 30 Prozent gesunken ist.

Die dänischen Grenzkommunen sind auch krisenanfällig, was den Grenzhandel der Deutschen angeht. Ähnliches gilt auf der deutschen Seite. Obwohl es die Dänen immer noch über die Grenze zieht, um die niedrigeren deutschen Preise

auszunutzen, ist auch dieser Handel sehr verwundbar. Die offenen Grenzen werden mittelfristig eine Annäherung der Preise bewirken. Ohne die markanten Preisunterschiede werden die Dänen aber nur noch in einem begrenzten Maße südlich der Grenze einkaufen. Wenn die verlorenen Vorteile nicht kompensiert werden, kann es schwerwiegende Folgen für die Region haben.

Eine Möglichkeit, um die Perspektiven der Region zu stärken, kann in einer intensivierten Kooperation liegen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird laufend ausgebaut, und viele Barrieren sind entfernt oder verringert worden. Doch immer noch gibt es viele ungelöste Probleme, und die Kooperation fällt nicht immer leicht. Beispielsweise können es Ämter und Kommunen schwer haben, auf der anderen Seite der Grenze den richtigen Partner zu finden. Das hängt mit den großen Strukturunterschieden auf beiden Seiten zusammen. Auf der deutschen Seite sind die Verwaltungseinheiten markant kleiner. Generell haben sie weniger Kompetenzen. Sønderjyllands Amt muss deswegen nicht nur mit der Stadt Flensburg und den zwei Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland Zusammenarbeiten, sondern in manchen Angelegenheiten auch mit der Landesregierung in Kiel. Die kommende dänische Strukturreform wird diese Dinge sicher nicht leichter machen.

Obwohl durch die Zusammenarbeit viele Barrieren entfernt worden sind, gibt es doch - aus dänischer Perspektive gesehen - überraschend viele Probleme, die nach der Eröffnung der Brücke zwischen Kopenhagen und Malmö in der Öresundregion schneller gelöst werden konnten. Das kann zu der etwas paradox wirkenden Konsequenz führen, dass die Öresundregion für die Region Sønderjylland/Schleswig als Inspiration und Vorbild wirken kann. Eines dieser Probleme ist die Situation der Grenzpendler. Dass es hier immer noch Probleme gibt, kam in Verbindung mit den Feiern zum 50. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen deutlich zum Ausdruck. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatsminister Anders Fogh Rasmussen einigten sich bei dieser Gelegenheit auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, deren Ziel es sein soll, „den Einsatz zur Entfernung der Hindernisse für Grenzpendler und andere relevante Fragen innerhalb der Rahmen der Gemeinschaftsgesetzgebung zu intensivieren.“

Abschließende Bemerkungen

Die hier vorgebrachten Aspekte zeigen, dass sich die schleswigsche Grenzregion im Verhältnis zu anderen Gebieten ganz passabel hält. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung kann jedoch diesen Status schon in den nächsten Jahren bedrohen. Zumindest muss eine Reihe Herausforderungen bewältigt werden, damit auch in den kommenden Jahren eine angemessene

Wirtschaftsverteilung und Wertschöpfung gesichert werden kann. Viele Herausforderungen hängen mit der geographischen Lage des Gebietes als Rand- und Grenzregion zusammen. Hieraus ergibt sich, dass die Unternehmen auch künftig davon abhängig sein werden, was auf lokaler und regionaler Ebene geschieht. Allerdings wird man auch auf andere Einwirkungen zu achten haben: Dabei spielen nationale, europäische und globale Faktoren gleichsam eine wesentliche Rolle.

Übersetzung: Benjamin Lassiwe

Anmerkungen

- 1 Eurostat, Jahrgang 2001.
- 2 C. Hansen & H. Hinz: Den socio-økonomiske Situation i den dansk-tyske grænseregion 1988-2000. Institut for grænseregionsforskning, Aabenraa, 2000.
- 3 Danmarks Statistik, Jahrgang 2001.
- 4 S. Bygvrå: Danskereshandloverlandegrænsenforåret2003. Notat nr. 78. Institut for grænseregionsforskning. Aabenraa, 2003.

Situation und Entwicklung der deutsch-dänischen Grenzräume und insbesondere des Grenzraumes Sønderjylland-Schleswig

von HAYO HERRMANN

Vorbemerkungen

Die Ausführungen basieren auf Ergebnissen einer Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft „Nordwest“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), die sich in den Jahren 2002/2003 mit den „Europäischen Grenzräumen¹ in Nordwestdeutschland“ befasste.² Einen wesentlichen Teil der in der Studie dokumentierten Arbeiten bildeten Fallstudien zu den verschiedenen Grenzräumen. Für die drei dänisch-deutschen Grenzräume, darunter Sønderjylland-Schleswig, wurden die Ergebnisse empirischer Studien und gemeinsamer Diskussionen im Rahmen der ARL-Publikation in einem Kapitel dargestellt, das ich zusammen mit Michael Schack vom Institut for Grænseregionsforskning verfasst habe.³

Zunächst sollen hier Fragestellungen und wichtige Ergebnisse der Gesamtstudie im Überblick vorgestellt werden, danach konzentriert sich die Darstellung auf die deutsch-dänischen Grenzräume und insbesondere auf den Grenzraum Sønderjylland-Schleswig.

Im Mittelpunkt stehen dabei die ökonomische Blickrichtung in den beiden Teilen des Grenzraumes, gemeinsame Interessenlagen, die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Grenzregionen im Vergleich mit dem jeweiligen Gesamttraum (Dänemark bzw. Westdeutschland), grenzüberschreitende Verflechtungen und Hemmnisse und Perspektiven grenzüberschreitender Kooperationen angesichts divergierender nationaler Regulierungssysteme und kultureller Unterschiede.

Deutsch-dänische und deutsch-niederländische Grenzräume: Fragestellung und wichtige Ergebnisse im Überblick

Drei Fragestellungen standen im Rahmen der Gesamtstudie im Vordergrund:

1. Führt die europäische Integration und damit die abnehmende Bedeutung der nationalen Grenzen zu einer Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung insbesondere in den Grenzregionen - und zwar dadurch, dass sie von einer

nationalen Randlage in eine zentralere Lage an der Schnittstelle eines neuen gemeinsamen Marktes rücken?

2. Wie haben sich die Grenzregionen im Vergleich zum jeweiligen Referenzraum entwickelt? Gibt es parallele Entwicklungen in den durch nationale Grenzen getrennten Teilen der Grenzräume? Oder folgen die Grenzregionen eher der Entwicklung ihres nationalen Gesamttraumes? Welche Entwicklungsperspektiven haben die Grenzräume?
3. Wie hat sich bislang die Integration der Grenzräume vollzogen? Welche gemeinsamen Interessen und welche Hemmnisse haben die Integration beeinflusst? Inwieweit hat ein Abbau von Hemmnissen für grenzüberschreitende Aktivitäten stattgefunden?

Zur Frage 1 wurden traditionelle und moderne Theorien hinsichtlich ihrer Aussagen zur Situation von Grenzregionen ausgewertet: Handelstheorien, Standorttheorien oder die Neue Ökonomische Geographie liefern allerdings keine eindeutigen Aussagen, so dass als Konsequenz eine Untersuchung von Fallstudien als erforderlich angesehen wurde.

Die empirischen Analysen zur Frage 2 zeigen, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Grenzregionen in der jüngeren Vergangenheit nicht im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit den für die betrachteten Regionen wichtigsten Integrationsschritten, also dem Zusammenschluss der EWG-Kernländer bzw. dem Beitritt Dänemarks zur EU, steht. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Grenzregionen auch heute noch zuerst in ihre jeweiligen nationalen Wirtschaftsräume eingebunden sind. Eine eigenständige parallele Entwicklung zweier benachbarter Grenzregionen ist dagegen in keiner der betrachteten Grenzräume feststellbar. Die Suche nach den Ursachen führt zur Frage 3: Nach wie vor bestehen zwischen den EU-Staaten erhebliche Unterschiede in den institutionellen Rahmenbedingungen (z.B. bei den Steuer-, und Sozialsystemen oder der Regulierung der Arbeitsmärkte). Hinzu kommen Sprachunterschiede und andere kulturelle Hemmnisse. Die „Grenzhemmnisse“ wurden bisher also nur zu einem kleinen Teil abgebaut, sie werden auch zukünftig nur allmählich zurückgehen.

Damit wird deutlich, dass zwischen Effekten (Hemmnissen), die sich aus dem Grenzübergang im engeren Sinne ergeben (Zölle, Grenzkontrolle), und denen, die durch die Grenze als Trennlinie unterschiedlicher institutioneller, rechtlicher und sozialer Systeme bestehen, unterschieden werden muss. Durch ihre unmittelbare Nachbarschaft sind die beiden Teile eines Grenzraumes gerade auch von den Grenzeffekten der zweiten Art besonders stark betroffen.

Die in den Fallstudien näher untersuchten dänisch-deutschen und niederländisch-deutschen Grenzräume weisen neben Gemeinsamkeiten auch erhebliche

Unterschiede auf. Folgende Gemeinsamkeiten lassen sich feststellen:

- (1) Es handelt sich um Grenzregionen traditioneller EU-Mitglieder, wobei keine gravierenden Wohlstandsunterschiede auf beiden Seiten der Grenze bestehen, die erhebliche grenzüberschreitende Aktivitäten generieren können.
- (2) Es gibt auf beiden Seiten keine gemeinsame Sprache, vielmehr besteht Asymmetrie der gegenseitigen Sprachkenntnisse.
- (3) Die nationale Grenze zeigt sich als Trennlinie, die weiterhin Hemmnisse erzeugt, aber auch ökonomische und soziale Aktivitäten hervorruft (z.B. den Grenzhandel).

Doch bestehen auch wesentliche Unterschiede:

- (1) Es bestehen zwischen den Grenzregionen erhebliche Unterschiede in der wirtschaftsgeographischen Situation, also der Lage zu den großen europäischen Märkten, zu benachbarten Metropolregionen (Kopenhagen, Hamburg) oder Agglomerationsräumen (Randstad, Ruhrregion) und zu den europäischen Verkehrsachsen.
- (2) Darüber hinaus ist die Bandbreite des Verdichtungsgrades sehr groß (Grenzraum Rhein-Waal: 470 E/km², dagegen Grenzraum Sønderjylland/Schleswig: 90 E/km²).
- (3) Die Grenzräume werden durch unterschiedliche Arten von „Grenzen“ durchzogen: Landgrenzen, Seegrenzen oder Landgrenzen mit natürlichen Barrieren (dünn besiedelte Mooregebiete) - mit unterschiedlichen Konsequenzen für das Verflechtungspotential zwischen den benachbarten Grenzregionen.
- (4) Während die deutsch-niederländischen Grenzräume bereits seit den 50er Jahren eine gemeinsame Mitgliedschaft in der EU und in jüngerer Zeit zudem die einheitliche Euro-Währung verbindet, haben sich die dänischen Grenzregionen erst mit Beginn der 70er Jahre verstärkt am europäischen Binnenmarkt orientiert, eine gemeinsame Währung wurde aber bis heute nicht realisiert.
- (5) Nicht zuletzt durch die zeitlichen Unterschiede des EU-Beitritts liegen die Anfänge grenzüberschreitender Zusammenarbeit im deutsch-niederländischen Raum weiter zurück als bei den dänisch-deutschen Grenzräumen, entsprechend ist die Kooperation dort bereits weiter institutionalisiert.

Die deutsch-dänischen Grenzräume: Ökonomische Blickrichtung, gemeinsame Interessenlagen und wirtschaftliche Entwicklung

Der Grenzraum Sønderjylland/Schleswig wird durch eine Landgrenze durchzogen, während die beiden anderen Grenzräume (Fyns Amt/KERN-Region und

Storstrøms Amt/Ostholstein-Lübeck) durch eine „nasse“ Grenze getrennt sind. Allen drei dänisch-deutschen Grenzräumen gemeinsam ist, dass sie von der wichtigen transeuropäischen Verkehrsrouten Südschweden-Hamburg durchquert werden, und alle drei liegen mehr oder weniger stark im Spannungsfeld zwischen den Agglomerationsräumen Kopenhagen/Malmö und Hamburg.

Die innere Raumstruktur der drei Grenzräume ist wiederum unterschiedlich, insbesondere ist sie in zwei der drei Fälle nicht ausgewogen zwischen den beiden Grenzregionen. So liegt das eindeutig größte Zentrum des Grenzraumes Sønderjylland/Schleswig - die Stadt Flensburg - auf deutscher Seite, ohne dass auf der Gegenseite ein Zentrum gleichwertiger Größe existiert. Diese Asymmetrie stellt sich im Raum Storstrøms Amt/Ostholstein-Lübeck noch drastischer dar, während der Raum Fyns Amt/KERN-Region in dieser Hinsicht ausgewogener ist.

Die ökonomische Blickrichtung der benachbarten Grenzregionen ist nicht primär aufeinander gerichtet, sondern eher von Asymmetrie geprägt: Die deutschen Regionen blicken vor allem nach Süden (Hamburg, Norddeutschland, Westeuropa) und zunehmend auch nach Osten (Polen), die dänischen Grenzregionen definieren ihre Lage dagegen zunächst innerhalb Dänemarks, vor allem am Spannungsfeld zwischen den Regionen Kopenhagen/Malmö und Jütland. Dabei ergibt sich die Asymmetrie beim Blick „über die Grenze“: Für die dänische Seite liegen hinter der Grenze die großen deutschen und westeuropäischen Märkte, für die deutschen Regionen stellt der skandinavische Markt dagegen nur eine Ergänzung, aber nicht den Mittelpunkt ihrer Orientierung dar.

Entscheidender Motor dauerhafter grenzüberschreitender Kooperationen ist nicht die Nachbarschaft *per se*, sondern vor allem die Motivation, die aus einer gemeinsamen Interessenlage entsteht. Dabei ist zwischen defensiven (Abwehr-) Konzepten und offensiven Entwicklungskonzepten zu unterscheiden. In der Regel vertieft sich eine Kooperation von ihren Anfängen (Pionierphase) über eine Integrationsphase bis hin zur Organisationsphase - dieses typische Phasenmodell bestätigt sich auch bei den betrachteten Grenzräumen, wobei allenfalls der Raum Sønderjylland/Schleswig den Schritt von der Integrations- zur Organisationsphase begonnen hat.

Der Grenzraum Sønderjylland/Schleswig bietet aufgrund der Nähe seiner städtischen Zentren Flensburg, Apenrade und Sonderburg grundsätzlich eine Chance für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Weitere strategische Ansatzpunkte liegen in einer gemeinsamen Raumplanung („Regionalentwicklungsplan“) und in einer gemeinsamen Außendarstellung der Region.

Dagegen ergeben sich wichtige Gemeinsamkeiten der beiden anderen, durch eine Seegrenze getrennten Grenzräume nicht aus (potentiellen) grenznahen Ak-

tivitäten, sondern im Falle von Storstrøms Amt/Ostholstein-Lübeck aus der „Vogelfluglinie“ (Fehmarnbelt) und aus einer vergleichbaren Lage gegenüber den beiden benachbarten Metropolen Hamburg und Kopenhagen, und beim Grenzraum Fyn/KERN aus wirtschafts- und raumstrukturellen Ähnlichkeiten bzw. aus übereinstimmenden Positionen der beiden Regionszentren Kiel und Odense mit einer dominierenden Stellung in der jeweiligen Grenzregion, aber nachrangig gegenüber den benachbarten Metropolen Hamburg und Kopenhagen.

Wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen

Die Wirtschaftsentwicklung (Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung, Arbeitsmarkt) der Grenzregionen zeichnet sich einheitlich durch Entwicklungsparallelen zum jeweiligen Gesamttraum aus (Westdeutschland bzw. Dänemark). Unterschiedliche Konjunkturverläufe (wie in den 90er Jahren) und divergierende Arbeitsmarktbedingungen in den beiden Staaten schlagen voll auf die regionale Ebene durch und erzeugen an der Schnittstelle zwischen zwei Grenzregionen erhebliche Unterschiede der Wirtschaftsdynamik und der Arbeitsmarktlage. Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass innerhalb der deutsch-dänischen Grenzräume zum Teil sehr unterschiedliche institutionelle Regelsysteme und kulturell-sprachliche Divergenzen aufeinandertreffen. Trotz wachsender Integration dominieren daher weiterhin diese unterschiedlichen nationalen Vorgaben für die Grenzregionen.

Im Vergleich zum jeweiligen Gesamttraum (Dänemark bzw. Westdeutschland) war die Beschäftigungsentwicklung in den Grenzregionen im Zeitraum 1980 bis 1995 unterschiedlich, d.h. teils günstiger, teils ungünstiger, dagegen zeigt sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre für alle sechs dänisch-deutschen Grenzregionen bei der Beschäftigungsentwicklung ein z. T. deutlicher Rückstand gegenüber dem jeweiligen Gesamttraum.

Abbildung 2 zeigt zunächst die tatsächliche, von der Konjunktur geprägte Beschäftigungsentwicklung der Grenzregionen Sønderjylland und Schleswig und der übergeordneten Referenzräume (Dänemark, Westdeutschland), Abbildung 3 zeigt die regionalen Beschäftigungstrends in ihrer Relation zum jeweiligen Referenzraum.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Abb. 4) zeichnet zwischen den dänischen und deutschen Grenzregionen über weite Strecken der letzten 20 Jahre gegenläufige Trends, auch hier folgen sie stark der Entwicklung des jeweiligen Gesamttraumes.

Möglichkeiten grenzüberschreitender Vernetzungen

Potentiale grenzüberschreitender Verflechtungen bestehen in Form grenznaher Einkaufstouren, von denen der Einzelhandel profitiert, aus betrieblichen Kooperationen und Wertschöpfungsketten, aus einem integrierten Arbeitsmarkt (grenzüberschreitende Pendler) oder der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur und Naherholungs- bzw. touristischen Angeboten. Systematische empirische Informationen über grenzüberschreitende Verflechtungen liegen allerdings nur punktuell vor (Grenzhandel, Berufspendler).

Bei den grenzüberschreitenden Berufspendlern zeigt sich, dass sich die theoretisch begründeten Erträge eines integrierten Arbeitsmarktes („Pooling“-Vorteile, Risikoausgleich) in den Grenzräumen mit „nasser“ Grenze aus geographischer Sicht nicht bilden können. Aber auch im Grenzraum Sønderjylland/Schleswig, der durch die Lage der grenznahen Städte (Flensburg, Apenrade, Sonderburg) ein hohes Pendlerpotential ausweist, sind die Pendlerzahlen äußerst niedrig. So erreichen die dänischen Pendlerströme nach Flensburg nach Berechnungen des Instituts für Regionalforschung nur gut 10 Prozent der Zahlen, die in einem integrierten Arbeitsmarkt zu erwarten wären. So pendelten im Jahre 1999 15.800 Bewohner aus dem deutschen Umland nach Flensburg, 14.000 davon aus einer Entfernung bis 35 Kilometern. Aus dem dänischen Umland kamen hingegen gerade einmal 600, sämtlich mit einem Wohnort höchstens 35 Kilometer von Flensburg entfernt. In einem voll integrierten Arbeitsmarkt wären bei der gleichen Anzahl der Einpendler hingegen 6.300 dänische Pendler (davon 5.300 aus der Nahzone bis 35 km) gegenüber 10.100 deutschen (9.300 aus der Nahzone) zu erwarten. Von einem integrierten Arbeitsmarkt ist der Grenzraum also (noch) weit entfernt.

- Die Ursachen dieses Tatbestandes sind vielfältig:
- Die Grenze stellt keine Wohlstandsgrenze dar.
- Die regionalen Teilarbeitsmärkte stehen nicht in einer Komplementärbeziehung aus sich ergänzenden Wirtschaftsstrukturen.
- Die Unternehmenskulturen beiderseits der Grenze sind nur wenig kompatibel.
- Es gibt nur Ansätze einer gemeinsamen Arbeitsmarktpolitik, die Grundkonzeption der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist in den beiden Ländern dagegen unterschiedlich.
- Grenzüberschreitende Pendler entstehen vor allem aufgrund von Wohnortwechsel über die Grenze und nicht durch den Wechsel des Arbeitsplatzes von einer zur anderen Grenzregion.

Vom geteilten zum verbundenen Grenzraum: Hemmnisse und Perspektiven grenzüberschreitender Kooperationen

Die Zusammenarbeit im Grenzraum Sønderjylland/Schleswig begann - wie in anderen Grenzräumen auch - eher punktuell-projektorientiert, sie wurde erst im Gefolge der INTERREG-Förderung (90er Jahre) zunehmend institutionalisiert, sichtbar am 1997 installierten grenzüberschreitenden Regionalrat, der allerdings vor allem ein Austauschforum und weniger ein Entscheidungsgremium darstellt. Einer weiteren Institutionalisierung und Vertiefung der Zusammenarbeit, wie sie teilweise in den niederländisch-deutschen Grenzräumen gelungen ist, stehen allerdings Hemmnisse entgegen, von denen einige oben bereits diskutiert wurden:

- kein gemeinsamer Arbeitsmarkt,
- wirtschaftsgeographische Asymmetrie,
- unterschiedliche nationale Vorgaben und Regelungssysteme,
- starke Einbindung vor allem in nationale Netzwerke,
- Sprach- und Mentalitätsunterschiede,
- Unterschiede in den Verwaltungsstrukturen.

Sprach- und Mentalitätsunterschiede sind eine Ursache für Skepsis und Vorbehalte, offenbar vor allem bei solchen Akteuren, die bislang noch nicht in grenzüberschreitende Kooperationen eingebunden waren. Bei Akteuren und Institutionen, die bereits auf entsprechende Erfahrungen zurückblicken, und insbesondere bei inhaltlich und zeitlich klar abgegrenzten, pragmatisch gestalteten Kooperationsfeldern (z.B. Gesundheitswesen, Arbeitsämter) sind die Vorbehalte dagegen geringer und die Erfolgsaussichten günstiger.

Die bestehenden, künftig vielleicht noch stärkeren Unterschiede in den Verwaltungsstrukturen werden als ein ganz wesentliches Kooperationshemmnis angesehen. So fällt die unterschiedliche Größe und Kompetenz der Regionen und Kommunen der beiden Grenzregionen ins Auge (23 Kommunen auf dänischer, fast 300 Gemeinden auf deutscher Seite), die eine Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ stark behindert. Darüber hinaus sind auch die Organisationen der Wirtschaftsförderung und die Kammern diesseits und jenseits der Grenze unterschiedlich ausgelegt.

Den Hemmnissen sollten aber im Interesse einer positiven Perspektive für den Grenzraum auch Ansätze zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit entgegengestellt werden. Die folgende Aufstellung ist sicher nicht vollständig, zeigt aber beispielhaft Felder gemeinsamer Aktivitäten auf, die bereits Teil verbundener Strategien sind oder auf der Agenda künftiger Gemeinsamkeiten stehen bzw. stehen sollten. Sie stellen einerseits Strategien „nach außen“ dar, die den

Grenzraum Sønderjylland/Schleswig als Teil eines Kooperationsraumes „West Baltic Region“ bzw. als Bindeglied zwischen den Agglomerationsräumen Kopenhagen/Malmö und Hamburg sehen, andererseits enthält die Liste aber auch „Binnenstrategien“.

- Gemeinsame Marktevaluierung in Beitritts- und Drittländern.
- Kooperation im Hinblick auf die Durchsetzung gemeinsamer Interessen (in Berlin, Kopenhagen und Brüssel).
- Ausbau einer integrierten Raumplanung für den Grenzraum.
- Kultivierung der Grenze als Standortvorteil (als Quelle spezifischer Kenntnisse): Aufbau grenznaher „Kompetenzzentren“.
- Nutzung nicht ausgeschöpfter Kapazitäten auf einer Seite der Grenze bei Engpässen auf der anderen Seite (z.B. im Gesundheitswesen).
- Strategien zur Schaffung von Wertschöpfung entlang der gemeinsamen Verkehrskorridore.
- Ausbau von Kooperationen in Forschung und Lehre, Vertiefung grenzübergreifender Qualifizierungsmaßnahmen.
- Identifizierung und Nutzung gemeinsamer technologischer Stärken bis hin zum Aufbau gemeinsamer Technologie-Cluster.
- Grenzübergreifende Tourismusvermarktung: Der Grenzraum als Ferienregion bzw. als (Kurzurlaubs-) Erholungsraum zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen.

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden werden die Regionen beiderseits einer nationalen Grenze als „Grenzregionen“ bezeichnet, während das gesamte, aus den beiden Grenzregionen bestehende Gebiet „Grenzraum“ genannt wird.
- 2 Die Arbeiten wurden 2004 publiziert in: Ludwig Thormählen (Hrsg.), Entwicklung europäischer Grenzräume bei abnehmender Bedeutung nationaler Grenzen. Deutsch-dänische und deutsch-niederländische Grenzräume im europäischen Integrationsprozess. ARL-Arbeitsmaterial Nr. 308, Hannover 2004.
- 3 Die einzelnen Kapitel in dem Gesamtbericht sind: Silvia Stiller, Integrationseffekte in Regionen an EU-Binnengrenzen - Implikationen der Standort- und Handelstheorie; Hayo Herrmann, Michael Schack, Fallstudien für deutsch-dänische Grenzräume; Rainer Danielzyk, Huib Ernste, Hans-Ulrich Jung, Fallstudien für deutsch-niederländische Grenzräume; Konrad Lammers, Die Entwicklung der betrachteten Grenzräume vor dem Hintergrund ökonomischer Theorien; Ludwig Thormählen, Grenzübergreifende Zusammenarbeit in europäischen Grenzräumen - eine bewertende Zusammenfassung

Der unbekümmerte Däne und der gründliche Deutsche?

Sprachenpolitik der Gegenwart im deutsch-dänischen Vergleich

von PETRA DARYAI-HANSEN

Autostereotypen und das Angloamerikanische

Dänen sind unbürokratisch und informell. Deutsche hingegen sind autoritätsgläubig und hierarchisch strukturiert. Sie sind zudem fleißig, ordentlich, tüchtig, diszipliniert, gründlich und kompromisslos. Dänen fehlt eine gewisse Zielstrebigkeit; sie sind unbekümmert, kindlich-naiv und haben einen Hang zum Phlegmatischen. Der Däne ist jedoch unkompliziert und gemütlich. Zudem ist er tolerant. Auch hier steht sein Gegenpart direkt auf der anderen Seite der Grenze: der konservative und intolerante Deutsche. Diese dänischen und deutschen Autostereotypen (die gängige Klischees widerspiegeln und von denen sich selbstredend sowohl die Autorin als auch die GFH-Redaktion nachdrücklich distanzieren) ermittelt eine Studie von Anne-Marie Andersen aus dem Jahre 1997.¹

Im Dänemark und Deutschland der Gegenwart gibt es im Bereich der Sprachenpolitik insbesondere zwei Themen, die die Gemüter bewegen: die Rechtschreibung und ihre vermeintlichen Reformen und der Einfluss des Angloamerikanischen.² Publikationen wie „Engelsk eller ikke engelsk? That is the question“ (1999), „Denglisch, nein danke!“ (2001) und „English - only Europe?“ (2003)³ zeugen davon, dass die Frage nach der Bedeutung des Angloamerikanischen heute nicht mehr nur in Ländern wie Frankreich oder Island auf Interesse stößt, die für ihre explizite und puristische Sprachenpolitik bekannt sind.

Bezieht man die oben zitierten Selbsteinschätzungen der Dänen und der Deutschen auf ihren möglichen Umgang mit dem angloamerikanischen Einfluss, liegt folgende Vermutung nahe: Den Dänen fehlen bürokratische Einrichtungen, um dem Phänomen begegnen zu können. Auch sind sie nicht nur zu kindlich-naiv und phlegmatisch, sondern auch zu tolerant, um dem Phänomen Beachtung zu schenken. Die intoleranten und konservativen Deutschen hingegen räumen auf: Sie gehen das vermeintliche Problem gründlich, strukturiert, effektiv und kompromisslos an.

Der folgende Artikel geht der Fragestellung nach, inwieweit die oben aufgeführten deutschen und dänischen Autostereotypen tatsächlich ihre Entsprechung in der gegenwärtigen Sprachenpolitik der beiden Länder finden. Hierfür soll in

einem ersten Schritt skizziert werden, was man unter den Begriffen Sprachenpolitik und Sprachenplanung versteht und wie das Phänomen des angloamerikanischen Spracheinflusses aus der Sicht der Sprachwissenschaft beurteilt werden kann. In einem zweiten Schritt soll ein Überblick über die staatlichen Institutionen gegeben werden, die gegenwärtig mit dem Bereich der Sprachenpolitik betraut sind. Abschließend sollen zwei aktuelle sprachpolitische Initiativen vorgestellt werden: Der Deutsche Sprachrat und „Sprog på spil“.

Durch die vergleichende Perspektive und den Versuch der Dekonstruktion der herrschenden Autostereotypen verfolgt der Artikel das Ziel, zur Vertiefung des deutschen und dänischen Selbstverständnisses, sowie zum gegenseitigen Verständnis zwischen den Nachbarstaaten beizutragen.

Sprachenpolitik und Sprachenplanung

Was versteht man unter dem Begriff der Sprachenpolitik und in welchem Zusammenhang steht er zu jenem der Sprachenplanung? Eine zentrale Begriffsunterscheidung definiert die Sprachenplanung als Konkretisierung einer gegebenen Sprachenpolitik. Beide Begriffe tragen durch die Pluralform „Sprachen“ dem Umstand Rechnung, dass nationale Sprachenpolitik die Planung aller auf dem nationalen Territorium befindlichen Sprachen betreibt. Zudem verleiht die Pluralform der Erkenntnis Ausdruck, dass auch das System der „Nationalsprache“ in der empirischen Wirklichkeit nicht homogen ist, sondern komplex, dynamisch und offen.

Die Handhabung der Sprachenpolitik bewegt sich national wie international in einer Spannbreite von liberal-progressiv über dirigistisch bis puristisch. Die Sprachenplanung kann hierbei implizit oder explizit sein, partiell oder total.⁴ Grundlegend kann nach Fishman in Korpusplanung auf der einen und Statusplanung auf der anderen Seite unterschieden werden.⁵ Gegenstand der Steuerung ist in der Korpusplanung die jeweilige Sprache selbst; ihre Orthographie, ihre Grammatik, ihre Lexik. Im Rahmen der Korpusplanung beschäftigt man sich somit auch mit dem, was gemeinhin als „Dengelsk“, „Denglich“ oder „Engleutsch“ bezeichnet wird: dem Einfluss des Angloamerikanischen auf die dänische und deutsche Sprache.

Der Statusplanung liegt hingegen eine extrovertete Sprachenpolitik zugrunde;⁶ Gegenstand ist z.B. der nationale Sprachenunterricht oder die Mehrsprachigkeit in nationalen und internationalen Zusammenhängen. Die Statusplanung beschäftigt sich somit auch mit der Fragestellung, welchen Status das Angloamerikanische in Dänemark und Deutschland hat, und setzt dies in Vergleich zu dem Status anderer Sprachen. Ein besonderes Interesse wird hierbei dem so ge-

nannten Domäneverlust⁷ geschenkt, d.h. dem Umstand, dass beispielsweise naturwissenschaftliche Publikationen in Deutschland wie in Dänemark heute nahezu ausschließlich in der internationalen Verkehrssprache publiziert werden. Aus der Sicht der Sprachwissenschaft können folgende Empfehlungen für den Umgang mit dem angloamerikanischen Spracheinfluss gegeben werden: Die Korpusplanung einer natürlichen Sprache erscheint aus linguistischer Sicht unangemessen, da der angloamerikanische Einfluss sich bei genauerer Untersuchung als quantitativ gering erweist⁸ und auf bestimmte Bereiche (wie Musik, Sport oder Technologie) beschränkt ist. Auch gehören Entlehnungen aus anderen Sprachen seit jeher zur sprachlichen Wirklichkeit. Das Sprachsystem kennzeichnet sich neben Komplexität und Dynamik eben auch durch Offenheit. Eine dirigistische Statusplanung wird hingegen heute auch von Sprachwissenschaftlern befürwortet.⁹ Besonders offensichtlich ist dies für den Bereich der Wissenschaften und im Arbeitsleben, wo das Angloamerikanische zunehmend als Unterrichts-, Vermittlungs-, Firmen- und Geschäftssprache an Terrain gewinnt. Diese sprachpolitischen Überlegungen werden durch den Aspekt der Praktikabilität gestützt (der zentrale Aspekt einer jeden Sprachenpolitik, die nicht „von unten“ getragen, sondern „von oben“ verordnet wird): Eine grundlegende Sprachenplanung erscheint im Bereich der Statusplanung möglich. Es können übergeordnet Beschlüsse getroffen werden, die festlegen, dass eine bestimmte Sprache von bestimmten Sprechern (Schülern, Angestellten, Teilnehmern einer Konferenz) zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Zusammenhang (im Schulunterricht, in der offiziellen Firmenkommunikation, auf dem offiziellen Teil einer Konferenz) verwendet werden muss. Wer jedoch soll für die konkrete Implementierung von Übersetzungen einzelner Wörter Sorge tragen?

Die dänische Ordnung: Dänische Institutionen im Überblick

Wer betreibt in Dänemark Sprachenpolitik? In „Sprog på spil - et udspil til en dansk sprogpolitik“ (2003) wird eine Auswahl an Institutionen verzeichnet, deren Arbeit von Bedeutung für die dänische Sprache ist. An erster Stelle wird Dansk Sprognaavn genannt, an zweiter Det Danske Sprog- og Litteraturselskab, eine unabhängige Institution unter dem Kulturministerium, die das „Danske Ordbog“ herausgibt. Des Weiteren werden eine Reihe von Vereinigungen aufgeführt, die sich national wie international für die Bereiche Literatur, Übersetzung, Theater, Film, Kunst verantwortlich zeichnen: u.a. Kunstrådet, Det Danske Forfatter- og Oversættercenter, Biblioteksvæsenet und Det Danske Filminstitut. Der universitäre Bereich wird genannt und die Sprachtechnologie (IT-og Telestyrelsen, Center for Sprogteknologi). Zuletzt wird Dansk Standard, das offiziell anerkannte

dänische Zentralorgan für Standardisierung angeführt, sowie DANTERMcentret. Dieses Center richtet sich an Firmen, die am Dänischen als Arbeitssprache festhalten und wurde 1998 von der Terminologigruppe, der Dachorganisation für alle terminologischen Aktivitäten in Dänemark, ins Leben gerufen.

Im Zentrum der sprachenpolitischen Aktivitäten in Dänemark steht eine Institution, nämlich Dansk Sprognasvn (DSN), das 1955 als staatliche Sprachinstitution gegründet wurde. Die als außeruniversitäre Einrichtung an der Kopenhagener Universität gelegene Institution verfügt derzeit über 12 Mitarbeiter. DSN, das heute den Status einer Forschungsinstitution hat und unter dem Kulturministerium arbeitet, hat gemäß seinen Statuten drei zentrale Aufgabenbereiche, nämlich erstens die Sprachbeobachtung und -registrierung, zweitens die Sprachberatung und drittens die Normierung der dänischen Rechtschreibung.¹⁰ Die von DSN im „Retskrivningsbogen“ festgelegte Rechtschreibung ist für alle öffentlichen Institutionen und Schulen verbindlich. Als Beratungsinstanz ist das DSN fest im dänischen Bewusstsein verankert: jährlich gehen ca. 14.000 Fragen ein.¹¹

Besonders auffallend ist die enge Zusammenarbeit des DSN mit den anderen sprachenpolitischen Organen-zum einen mit den Sprachräten der anderen skandinavischen Ländern im Nordisk Sprogråd, zum anderen mit einer Reihe von Vereinigungen mit besonderem Interesse an Sprachproblemen, zum Beispiel mit Det Danske Sprog- og Litteraturselskab, der Terminologigruppe, DANTERMcentret und dem Center for Sprogteknologi. Diese Form der sprachenpolitischen Zusammenarbeit ist in dem dreißigköpfigen Repräsentantenausschuss des DSN, der sich einmal im Jahr trifft, institutionalisiert: Hier sitzen Vertreter des Staatsministeriums, des Kulturministeriums, des Unterrichtsministeriums und des Justizministeriums neben Repräsentanten von Statens Information, Folketingets Informations- og Dokumentationsafdeling, EU's Sprogtjeneste, Dansk Standard und Stednavneudvalget. Darüber hinaus sind Berufsverbände vertreten (u.a. Dansk lærerforening, Dansk Journalistforbund, Dansk Skuespillerforbund, Dansk Forfatterforening), Sprachvereine (u.a. Modersmål-Selskabet, Det Danske Akademi, Det Danske Sprog- og Litteraturselskab) und die Medien (Danmarks Radio og TV2, Danske Dagblades Forening). Auch in dem Arbeitsausschuss, der sich rund sieben Mal im Jahr trifft, sind derzeit neben Mitarbeitern des Dansk Sprognævns sieben weitere Organe repräsentiert.

Kurzum: Die sprachenpolitischen Kräfte werden im monozentrischen Dänemark gewissenhaft strukturiert und zielstrebig gebündelt.

Das deutsche Chaos: Deutsche Institutionen im Überblick

Auch im föderalen Deutschland gibt es selbstredend Institutionen, die sich um eine deutsche Sprachenpolitik bemühen. Was - um dies bereits vorwegzunehmen - jedoch fehlt, ist eine dem Dansk Sprognævn vergleichbare anerkannte zentrale staatliche Institution, die mit dem Bereich der Sprachenpolitik betraut ist und eine Zusammenarbeit der wesentlichen deutschen Kompetenzen in Sprachfragen koordiniert.

Als drei der wichtigsten Institutionen in Deutschland, die sich im öffentlich finanzierten Auftrag der Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache widmen,¹² gelten das Institut für Deutsche Sprache, die Gesellschaft für deutsche Sprache und das Goethe-Institut Inter Nationes.

Das Institut für Deutsche Sprache (IDS) wurde 1964 gegründet, hat seinen Sitz in Mannheim und ist „die zentrale außeruniversitäre Einrichtung zur Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte.“ Das IDS hat derzeit über 105 Mitarbeiter und 43 Hilfskräfte.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) wurde 1947 gegründet und hat ihren Sitz in Wiesbaden. Sie erklärt sich auf ihrer Homepage zu „eine[r] politisch unabhängige[n] Vereinigung zur Pflege und Erforschung der deutschen Sprache“¹³, die von der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz gefördert wird. Als ihren Aufgabenbereich nennt sie: „[...] die Sprachentwicklung kritisch zu beobachten und auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung Empfehlungen für den allgemeinen Sprachgebrauch zu geben.“¹⁴

Das Goethe-Institut Inter Nationes e.V. (GI), München, ist die größte tätige Mittlerorganisation der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Es hat 144 Institute weltweit. Das GI wird insbesondere durch die jährlichen Zuwendungen des Auswärtigen Amtes und des Bundespresseamtes finanziert. Die drei zentralen Ziele des Instituts sind die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland, die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben.¹⁵

Die ersten beiden Aufgaben des Dansk Sprognævn - die Sprachbeobachtung und die Sprachberatung - nehmen somit in Deutschland u.a. das IdS und die GfdS wahr. Für den in Deutschland zentralen Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik zeichnet sich in Dänemark Det Danske Kulturinstitut verantwortlich, mit Sitz in Kopenhagen und Instituten in neun Ländern. Die dritte Aufgabe des Dansk Sprognævn - die sprachpolitisch zentrale Aufgabe der Normierung der Rechtschreibung - erfüllte in Deutschland von 1901 bis 1997¹⁶ die Duden-Redaktion,

ein privater, als Aktiengesellschaft organisierter Verlag mit einem wissenschaftlichen Rat. Zur Produktpalette des Duden gehört bspw. auch ein Grammatik-Band und ein Band über „Richtiges und gutes Deutsch“. Weinrich stellte 1976 fest: „In Deutschland verkörpert der Duden die sprachliche Autorität schlechthin.“¹⁷ Im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands ist - und dies gilt nicht nur für den Bereich der Rechtschreibung - bis heute die Duden-Redaktion als zentrale sprachpflegerische Instanz präsent.

Dem Dansk Sprognævn mit seinen 12 Mitarbeitern stehen somit Hunderte von Mitarbeitern verteilt auf verschiedene Institutionen und einem privaten Verlag gegenüber, die am 28.05.2003 noch ein weiteres Organ, nämlich den Deutschen Sprachrat als Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts gründeten. Den Vorsitz in dem ersten Zweijahresturnus übernahm die Präsidentin des Goethe-Instituts. In der Presseerklärung vom 28.05. heißt es: „Damit ist es nach jahrelangen und oft auch kontrovers geführten Diskussionen um die Förderung der deutschen Sprache endlich gelungen, dass drei der wichtigsten Institutionen in Deutschland, ihre Kompetenzen bündeln, eine Plattform bieten [...]“.¹⁸

Auch in der Aufgabenbeschreibung des Deutschen Sprachrates liegt der Fokus auf der nationalen wie internationalen Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen für deutsche Sprache.

Der Deutsche Sprachrat: eine sprachpolitische Autorität?

Im Folgenden soll zunächst der Frage nachgegangen werden, welches Gewicht der Deutsche Sprachrat (dessen Titel übrigens analog zu Institutionen wie European Language Council oder Dansk Sprognævn gebildet wurde) in der deutschen Sprachenpolitik de facto hat. Ist der Deutsche Sprachrat dem Dansk Sprognævn vergleichbar?

Auffallend ist zunächst, dass die Gesellschaft den Charakter eines Anhängsels hat. Auf der Homepage wird als Sitz: c/o Goethe-Institut e.V. angegeben. Auch die E-Mail-Adresse lautet: deutscher_sprachrat@goethe.de und die Telefonnummer ist jene des Goethe-Instituts in München. Es gibt kein eigenes Sekretariat; auch der Ansprechpartner, mit dem man verbunden wird, meldet sich mit „Goethe- Institut“. Der Status des Deutschen Sprachrates geht aus einem Abschnitt der Homepage hervor: „Zentrale Instanzen staatlicher Sprachenpolitik gibt es in Deutschland nicht. Dennoch sind einsichtige und wirksame Verfahren gesamtstaatlicher sprachpolitischer Willensbildung gegeben.“ Der Deutsche Sprachrat ist also nicht zentrale Instanz staatlicher Sprachenpolitik; er ist ausschließlich „Beratungsorgan und Forum“. Er wird als Gesellschaft nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert, sondern ist abhängig von Sponsormitteln. Welche

wirksamen Verfahren zur gesamtstaatlichen sprachpolitischen Willensbildung gegeben sind, bleibt offen. Von Bedeutung wäre unter Umständen zunächst die Einrichtung einer zentralen staatlichen Instanz. Mit dem Deutschen Sprachrat scheint hingegen das Kuddelmuddel der deutschen Sprachenpolitik eher seine Fortsetzung zu finden. Dies gilt auch in Bezug auf den eigenwilligen Status der Duden-Redaktion in der deutschen Sprachenpolitik: Diese wird zwar nicht als Gründungsmitglied genannt auf der Homepage wird jedoch deutlich, wie bedeutend die Zuwendungen des privaten Verlages an den Sprachrat sein müssen. Durchgehend wird auf der Homepage erklärt: „Der Deutsche Sprachrat wird unterstützt von: DUDEN.“ Bezeichnend ist hierbei, dass das Logo des Förderers, das Duden-Logo, prägnanter erscheint als jenes des Deutschen Sprachrates.

Was sind nun die Ziele des neuesten Organs der deutschen Sprachenpolitik? Auf der Internetseite wird hierüber folgende Auskunft gegeben: „Der Deutsche Sprachrat sieht es als seine Aufgabe an, durch Sensibilisierung des Sprachbewusstseins die Sprachkultur im Inland sowie die Stellung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern. Dies will er durch Sprachkultivierung im Sinne von Information und Aufklärung über Sprache und vermehrter Diskussion sprachlicher Themen erreichen.“ Der Deutsche Sprachrat will also - ganz im Sinne der sprachpolitischen Empfehlungen der Sprachwissenschaft - eine internationale Statusplanung der deutschen Sprache betreiben. Er bewegt sich hierbei in einer Spannbreite deskriptiver (Information und Diskussion) bis normativer Aussagen (Sprachkultivierung und Aufklärung).¹⁹ Zudem strebt die Gesellschaft auch eine nationale Statusplanung als Voraussetzung der internationalen an.

Wie soll nun diese nationale wie internationale Statusplanung umgesetzt werden? Nach Einschätzung des Deutschen Sprachrates durch Politikberatung und Sensibilisierung des Sprachbewusstseins durch Aufklärung, Diskussion und Sprachkritik. Die Einführung eines Sprachgesetzes wird abgelehnt, da dies als „ungeeignet für die Förderung einer positiven Weiterentwicklung der deutschen Sprache“ erachtet wird. Womit wir bei der Frage wären, was der Deutsche Sprachrat gegenwärtig konkret für die deutsche Sprache tut.²⁰

Neben der Einrichtung der Homepage und der Pressemitteilung zur Gründung des Sprachrates (Sensibilisierung durch Existenz), findet man auf der Homepage ein einziges Beispiel der Politikberatung, nämlich die Stellungnahme des Deutschen Sprachrates vom 22.09.2003 zum Antrag „Deutsch als Arbeitssprache auf europäischer Ebene festigen“ der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Unter der Überschrift „Was will der Deutsche Sprachrat“ findet sich neben den bereits genannten Punkten (Sensibilisierung, Zusammenarbeit, Politikberatung) eine äußerst knappe, auf eine DIN-A4-Seite be-

grenzte Stellungnahme zu Aspekten der Statusplanung im Deutschland der Gegenwart. Stichwörter sind hierbei: Deutsch in der Schulbildung, Fremd- und Zweitsprachenkompetenz in Deutschland, Deutsch als Fremdsprache und Deutsch in der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation. Darüber hinaus wird auf der Homepage über die zwei Aktionen Bericht erstattet, die der Deutsche Sprachrat seit seiner Gründung initiiert hat: die kurze Auswertung aktueller Daten aus der Sprachberatung der Gesellschaft für deutsche Sprache²¹ und der Wettbewerb „Das schönste deutsche Wort“.

Es gibt bereits zahlreiche deutsche Wortpreise: das Wort des Jahres, das Unwort des Jahres, der Sprachpanscher des Jahres u.a. Der Wettbewerb des Deutschen Sprachrates wurde von einer Deutschen gewonnen („Habseligkeiten“), gefolgt von - es geht kaum politisch korrekter - Teilnehmern aus der Slowakei („Geborgenheit“), Spanien („lieben“), der Schweiz („Augenblick“) und einem Deutschen („Rhabarbermarmelade“). Das Neue an diesem Wettbewerb ist - und dies spiegelt die Liste der Sieger -, dass er einer internationalen „Sympathiekampagne“ dient: „Die selbst gestellte Aufgabe [...] ist es, die Freude an der deutschen Sprache im Inland wie im Ausland zu beleben.“²² Es geht also um eine internationale Stärkung des Deutschen, nicht durch kritische Diskussion, sondern - ganz im Sinne der gegenwärtigen Quiz- und Wettbewerbswelle, die auch der Stärkung des nationalen wie internationalen Images zu dienen vermag („Unsere Besten“)- durch die Berufung auf „das Schönste“. Ausgehend von dem Postulat, dass „die deutsche Sprache von öffentlicher Seite in Deutschland so viel weniger Wertschätzung als zum Beispiel in Frankreich, Spanien oder Großbritannien“²³ erfährt, wird von der Vorsitzenden des Deutschen Sprachrats der „fortwährende Mangel an Selbstbewusstsein“ in Deutschland kritisiert: „Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir mit gutem Grund Zurückhaltung geübt, später aber - nach dem Aufbau einer stabilen Demokratie - verabsäumt, selbstbewusst für den Gebrauch der deutschen Sprache auch in der Europäischen Union einzutreten.“ Der Wettbewerb hat großes öffentliches Interesse erregt: starkes Medienecho begleitete ihn und 22.838 Vorschläge aus 111 Ländern gingen ein. Die Stellungnahmen zum Wettbewerb reichen von Wolfgang Schäuble über Jesus-online und die BBC bis zu Oberschulen in Japan. Ein kritischer Artikel zum Wettbewerb erklärt die Konjunktion „und“ zu seinem schönstem Wort und fragt: Und was jetzt? Die Antwort bleibt der Deutsche Sprachrat schuldig. Der Wettbewerb wurde am 01.08.2004 abgeschlossen. Bislang sind keine weiteren Aktionen angekündigt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Fokus des Deutschen Sprachrates auf dem Bereich der Statusplanung liegt, vor allem in Bezug auf den internationalen Status der deutschen Sprache. Die Statusplanung ist jedoch unbestimmt und partiell,

sie hat den Charakter einer Skizze. Zudem ist sie bislang - durch den Fokus auf den Wettbewerb - vorrangig implizit angelegt. Wie soll diese Gesellschaft die selbst gestellten Aufgaben erfüllen? Wie die sprachenpolitischen Kräfte in Deutschland bündeln? „Der Rat, der uns vorschwebt, stimmt mit dem bestehenden jedenfalls noch lange nicht überein“, konkludiert die Deutsche Sprachwelt.²⁴ Angesichts der gegenwärtigen Domänenproblematik zeichnet sich diese Form der Statusplanung - entgegen der herrschenden Autostereotypen - tatsächlich weniger durch Gründlichkeit, Zielstrebigkeit und Disziplin aus als durch den Dänen klischeehaft zugeschriebene Informalität und kindliche, wenn auch durchaus sympathische, Naivität.

„Sprog på spil“: ein Spiel mit der Sprache?

Eine Frage ist noch offen: Kennzeichnet sich die Einstellung der Dänen zum angloamerikanischen Spracheinfluss nun durch Toleranz, Unkompliziertheit und „Gemütlichkeit“? Noch vor wenigen Jahren war die Sprachenpolitik Dänemarks (mit Ausnahme des Bereichs der Orthographie) eher impliziter und liberaler Natur. Im Dänemark der Gegenwart werden sprachenpolitische Fragen jedoch explizit behandelt: Es wird heute eine Statusplanung für die dänische Sprache vor dem Hintergrund des Status des Angloamerikanischen betrieben. Nach einem durch die damalige Kulturministerin Elsebeth Gerner-Nielsen initiierten Vorspiel in den Jahren 2000-2001 wurde im September 2003 der Bericht „Sprog på spil - et udspil til en dansk sprogpolitik“ veröffentlicht. Dieser Bericht entstand auf Anforderung durch Kulturminister Brian Mikkelsen im Rahmen eines Arbeitsausschusses unter der Leitung des Vorsitzenden von Det Danske Sprog- og Litteraturselskab, Prof. Jom Lund. Repräsentiert waren zudem die drei Ministerien für Kultur, Unterricht und Wissenschaft, Technologie und Entwicklung. Auch Dansk Sprognævn war selbstredend vertreten, und zwar durch seinen Vorsitzenden Niels Davidsen-Nielsen. Am 23.01.2004 stand „Sprog på spil“ zur Verhandlung im dänischen Parlament. Die Arbeit des Ausschusses und die anschließende Parlamentsdebatte fanden eine starke Resonanz in der dänischen Öffentlichkeit und leiteten eine engagierte sprachenpolitische Debatte ein. In dem rund 70 Seiten starken Bericht findet sich eine Bestandsaufnahme zur Statusplanung in Dänemark für die Bereiche Vor-Schule, Schule, Forschung, Medien, Kunst, öffentlicher Sektor, Arbeitsleben, Sprachtechnologie, Dänisch als Zweitsprache, die nordische Sprachengemeinschaft und Dänisch im Ausland. Diese systematische Bestandsaufnahme bildet den Ausgangspunkt für eine Reihe von Empfehlungen, Aufforderungen und Aufrufen zur zukünftigen Zusammenarbeit. Im Vorwort wird unterstrichen, dass die Arbeit des Ausschus-

ses auf drei Monate begrenzt war und als Auftakt verstanden werden muss: „Det er udvalgets håb, at regeringens på baggrund af oplægget og den efterfølgende debat vil fremlægge en egentlig sprogpolitik.“²⁵ Im dänischen Parlament wird hervorgehoben, dass Dänemark - und dies wird als kennzeichnend für das Wesen der dänischen Politik gesehen - den Weg der Mitte gehen wird. Die Nationalsprache soll gestärkt werden, jedoch dirigistisch, ohne Einführung einer Sprachgesetzgebung.²⁶

Schlussbetrachtung

„Sprog på spil“ und die Einrichtung des Deutschen Sprachrates zeigen, dass sich sowohl in Deutschland als auch in Dänemark in den letzten Jahren - gemäß den Empfehlungen der Sprachwissenschaft - die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass im Bereich der Statusplanung Handlungsbedarf besteht. Prinzipiell kann die Sprachenpolitik in beiden Ländern als dirigistisch gekennzeichnet werden. Es lassen sich jedoch grundlegende Unterschiede zwischen der deutschen und der dänischen Sprachenpolitik nachweisen, und im Rahmen dieser Divergenz werden die gängigen Autostereotypen auf den Kopf gestellt. Der mit der Aufgabe der Sprachenpolitik betraute Apparat der Dänen ist durch seine monozentrische Ausrichtung im Dansk Sprogsevn wohlstrukturiert. Der deutsche Apparat kennzeichnet sich durch den Mangel einer zentralen sprachpolitischen Instanz, die die Zusammenarbeit der anderen Institutionen koordiniert. Dieses Loch wird der Deutsche Sprachrat als durch den Duden geförderte Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts ohne eigenen Sitz nicht füllen können.

Der Vergleich von „Sprog på spil“ und dem Deutschen Sprachrat als aktuelle sprachpolitische Initiativen lässt eine Umkehrung der gängigen Klischees zu: Die Dänen sind fleißiger, ordentlicher, tüchtiger, gründlicher, zielstrebig und disziplinierter als die Deutschen. Die deutsche Sprachenpolitik wirkt im deutsch-dänischen Vergleich kurzsichtig, unbekümmert, informell und kindlich-naiv. Man kann das Spiel mit den Klischees noch weiter treiben. Andere Autostereotypen legen nämlich andere Lesarten nahe. So charakterisieren sich die Deutschen nicht nur als zielstrebig und konservativ, sondern auch als konfliktvermeidend und unpolitisch. Das aus diesen widersprüchlichen Eigenschaften resultierende Spannungsfeld könnte die Halbherzigkeit der gegenwärtigen Initiativen erklären. Die Sprachenpolitik im Dänemark der Gegenwart gewinnt an Konturen vor dem Hintergrund einiger bisher nicht aufgeführter dänischer Autostereotypen. So sagen die Dänen beispielsweise über sich selbst, sie seien nationalbewusst sowie ängstlich und unsicher bis abweisend Fremden gegenüber, wenn es massiv auf sie zukommt. Auch Eigenschaften wie gerecht, demokratisch, auf

Gleichstellung bedacht (warum sollte das Angloamerikanische auf dem sprachlichen Markt mehr wert sein als die Nationalsprache?) und verantwortlich anderen gegenüber (nämlich gegenüber jenen, die die internationale Verkehrssprache nicht beherrschen) können mit der Statusplanung im Dänemark der Gegenwart in Verbindung gebracht werden. Der Statusplanung der Nationalsprache und des Angloamerikanischen wohlgerne. Denn - und hier fängt die Gemeinsamkeit wieder an - diese demokratische, auf Gleichstellung bedachte Einstellung, dieser Gerechtigkeitsinn und dieses Verantwortungsbewusstsein fehlt nicht nur in Deutschland, sondern auch in Dänemark seit jeher im Rahmen der Statusplanung jener Sprachen, die von einer Minderheit gesprochen werden, wie die Minderheitssprachen im Grenzland. Diese Einstellung fehlt zudem in der Planung der so genannten „Einwanderersprachen“. Diese Sprachen sind kaum der Rede wert, stehen sie doch nicht am Anfang, sondern am untersten Ende der sprachlichen Hierarchie.

Anmerkungen

- 1 Anne-Marie Andersen: Interkulturelle Wirtschaftskommunikation in Europa: Deutschland-Dänemark. Tostedt 1997. Eine kurze Einführung in die Stereotypenforschung gibt: Pia List: „Om stereotyper, især nationale“, Sprogforum 1,1994, S. 14-18.
- 2 Der Begriff „Angloamerikanisch“ - auf den insbesondere in der deutschen Forschung zurückgegriffen wird - unterstreicht, dass die Steilung des (Britischen und Amerikanischen) Englisch als internationale lingua franca primär auf sprachexterne Gründe zurückzuführen ist, nämlich die wachsende kulturelle, wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Dominanz der USA. So ist die Anglizismendebatte im Grunde keine linguistische Debatte und kann in diesem Sinne als „Angloamerikanismendebatte“ bezeichnet werden.
- 3 Niels Davidsen-Nielsen et al.: Engelsk eller ikke engelsk? That is the question, København 1999. Hermann Zabel (Hg.): Denglisch, nein danke!, Paderborn 2001. Robert Phillipson: English - only Europe?, London / New York 2003.
- 4 Erik Hansen: „Sprogpolitik“, J.N. Jorgensen (Hg.): Det danske sprogs Status år 2002 -er dansk et truet sprog?, København 1991, S. 31-42.
- 5 Joshua A. Fishman (Hg.): Readings in the Sociology of Languages, Paris 1968.
- 6 Vgl. zur Unterscheidung von extroverter und introverter Sprachenpolitik: Hansen 1991.
- 7 Vgl. zur Domänenproblematik in Deutschland die Untersuchungen Ammons, in Dänemark Pia Jarvad: Det danske sprogs Status i 1990'erne. Med særlig henblik på domænetab, København 2001.
- 8 In einer neuen internordischen Untersuchung, die durch den Nordischen Sprachrat initiiert wurde, wurde die Auswertung von laufenden Zeitungstexten (d.h. redaktioneller Text und Werbung) aus den Jahren 1975 und 2000 zugrunde gelegt. Hier werden für Dänemark, Norwegen und Schweden ca. 1,2 Prozent „moderne Importwörter“ ermittelt. Vgl. www.hf.uib.no/moderne/default.html

- 9 Bspw. von den dänischen Soziolinguisten H. Haberland / C. Henriksen / R. Phillipson / T. S.-Kangas: „Takformad“, J.N. Jørgensen (Hg.): Det danske sprogs Status år 2002 - er dansk et truet sprog?, København 1991.
- 10 www.dsn.dk
- 11 Zum Vergleich: Bei der Academie frangaise gingen 1997 wöchentlich ca. zehn Briefe ein. Vgl. Petra Daryai-Hansen, Tendenzen des sprachnormativen Diskurses im Frankreich der Gegenwart, Berlin 2003, S. 58.
- 12 Vgl. Pressemitteilung zur Gründung des Deutschen Sprachrates: idw-online.de/pages/de/news64243.
- 13 www.gfds.de
- 14 www.gfds.de
- 15 www.goethe.de/uun/deindex.htm.
- 16 Im Rahmen der Querelen um die Rechtschreibreform von 1995 wurde am 25. März 1997 die zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung gegründet, mit Sitz am Institut für Deutsche Sprache.
- 17 Harald Weinrich: „Die Wahrheit der Wörterbücher“, Institut für deutsche Sprache, Probleme der Lexikologie und Lexikographie, Düsseldorf 1976, S. 347-371.
- 18 www.deutscher-sprachrat.de
- 19 Vgl. zu einer Klassifizierung des möglichen Umgangs mit sprachlicher Variation: Daryai-Hansen 2003, S. 215f.
- 20 Auch im Perganesischen Blumenorden wird ein Mitglied im Januar 2004 beauftragt, „Erkundigungen einzuziehen, was der Deutsche Sprachrat wirklich tut und was er von seinen Mitgliedern verlangt zu tun.“ www.ai.fh-nuernberg.de
- 21 Hier nimmt der Bereich des Angloamerikanischen 1 Prozent der schriftlichen und 1,6 Prozent der mündlichen Anfragen ein. Dies wird wie folgt kommentiert: „Gemessen an der Bedeutung, die Anglizismen in der sprachkritischen Diskussion zugeschrieben wird, scheint also der alltägliche Umgang mit den entsprechenden Wörtern - zumindest in der Wahrnehmung der Ratsuchenden - eher unproblematisch zu sein.“ www.deutscher-sprachrat.de
- 22 Interview mit Jutta Limbach, der Vorsitzenden des Deutschen Sprachrates: www.goethe.de/prs/int/de110290.htm
- 23 www.goethe.de/prs/int/de110290.htm
- 24 www.deutsche-sprachwelt.de/berichte/paulwitz-sprachpolitik.shtml
- 25 www.kum.dk/sw6576.asp
- 26 www.ft.dk/?/samling/20031/MENU/s0getips_menu.ht

Erleichterungen für Pendler sind Chefsache

Hohe Arbeitslosigkeit in Norddeutschland, Fachkräftemangel in Dänemark. In diesen Zeiten erhält der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt eine größere Bedeutung. Gestern tagte im Flensburghus ein deutsch-dänisches Seminar zur Lösung grenzüberschreitender Fragen.

Der Auftrag kam von höchster Stelle. Bereits auf dem Spitzentreffen der beiden Regierungschefs am 29. März in Sonderburg hatten der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen und Bundeskanzler Gerhard Schröder vereinbart, persönliche Beauftragte zur Problematik des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes zu benennen. Mittlerweile sind gemeinsame deutsch-dänische interministerielle Arbeitsgruppen gebildet worden, an deren Spitze der Folketingsabgeordnete Kim Andersen und der parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnies stehen.

„Nach dem Arbeitstreffen in Sonderburg haben wir die Aufgabe, Empfehlungen zu unterbreiten, um die Mobilität der Arbeitskräfte und die Wirtschaftskraft der Region zu fördern“, sagte Thönnies. Das Seminar in Flensburg solle dazu dienen, die Experten und Betroffenen sowie die Vereine und Verbände mit ihren jeweiligen Erfahrungen einzubeziehen. „Wir haben einen großen Rucksack mitbekommen“, sagte der parlamentarische Staatssekretär über den Arbeitsauftrag der interministeriellen Arbeitsgruppe.

„Wir wollen das Leben der Grenzpendler erleichtern“, sagte Andersen. „Jeder Stein muss umgedreht werden, um die Situation zu verbessern.“ Als Problemfelder nannte der persönliche Beauftragte des dänischen Ministerpräsidenten die Unterschiede im Steuerrecht, bei Renten und Pensionen, die Sprachproblematik sowie die Rechtssicherheit. Um die anstehenden Probleme schnell und kompetent zu lösen, schlug Andersen vor, bei Bedarf Behörden vor Ort zusammenzufassen. Laut Thönnies zeichneten sich in zwei Bereichen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes schon Lösungsansätze ab. Das Schlechtwettergeld, das Dänemark nicht kennt, soll demnach der dänische Staat den deutschen Arbeitnehmern in Dänemark zahlen. Bei den Grenzpendlern, die ein zweites Arbeitsverhältnis im Heimatland haben, sollen nach der EU-Verordnung 1408 die Sozialabgaben dort entrichtet werden, wo der Hauptarbeitsplatz ist. „Wir haben die Aufgabe, das vereinte Europa reibungsloser zu machen. Die Welt wird mobiler, die Menschen gehen über die Grenzen“, sagte Thönnies. Beim Aufgabenbereich der interministeriellen Arbeitsgruppe gebe es kein Tabu. „Wir können über alle Probleme reden.“ Positiv äußerte sich Thönnies über die Beteiligung beim Seminar in Flensburg: „Es ist gut, dass wir den Kreis sehr groß gefasst haben. Ich hatte

den Eindruck, dass alle nun denken, dass wir es ernst meinen.“

Flensburger Tageblatt, 25.6.2005

Grenzpendler nutzen neue Beratungsstelle

Seit einem Jahr gibt es das Beratungszentrum für Grenzpendler in Pattburg. Die Einrichtung will die Grenzen für Firmen und für Arbeitssuchende durchlässiger machen. 1309 Menschen und 211 Firmen nutzen die Beratungsmöglichkeit.

Das Infocenter Grenze besteht seit August 2004 als EU-gefördertes-Projekt und berät Grenzpendler, Arbeitssuchende, Unternehmen und Ruheständler in Fragen der grenzüberschreitenden sozialen Sicherung, Steuern, Arbeitsmarkt und weiteren Themen. Den Jahrestag nahmen die Leiterin des Regionalkontors der Region Sønderjylland-Schleswig, Andrea Kunsemüller und Projektkoordinator Peter Hansen zum Anlass, die Statistik der Aktivitäten zu erstellen.

Insgesamt 1520 Anfragen wurden im Infocenter während des ersten Projektjahres registriert. 1309 Privatpersonen und 211 Unternehmen stellten den Mitarbeitern Fragen aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Kranken- und Rentenversicherung, Steuern und sonstiger Sozialversicherung.

Der Schwerpunkt der Anfragen lag bei den arbeitsmarktbezogenen Themen sowie bei sozialer Sicherung und Steuern.

Etwa die Hälfte der Fälle konnte durch die Mitarbeiter des Infocenters gelöst werden, die restlichen Anfragen wurden nach Erstberatung an Experten in das Netzwerk von Partnerorganisationen weiter geleitet.

Zu diesem Netzwerk zählen neben den Arbeitsvermittlungsorganisationen „Eures“ und „Gramark“ die zuständigen Behörden, Verwaltungen, Vereine, Verbände oder andere Organisationen, mit denen eine enge Zusammenarbeit besteht. Insgesamt zählt das Infocenter Grenze rund 60 Partner. „Diese Zusammenarbeit machte die erfolgreiche Beratung erst möglich“, so Peter Hansen. „Mit der Einrichtung des Infocenters Grenze sind wir direkt und sehr konkret für die Bürger da“, sagt Andrea Kunsemüller. Eine Hauptaufgabe der Region Sønderjylland-Schleswig sei es, zentrale Anlaufstelle für Grenzpendler und andere Interessierte zu sein. Das Regionalkontor versteht sich als Dienstleister der Region Sønderjylland-Schleswig. Träger des Infocenters Grenze sind die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, die Stadt Flensburg sowie Sønderjyllands Amt. Es wird durch die Europäische Union finanziell unterstützt.

Die kostenlose Beratung findet im Regionalkontor der Region Sønderjylland-Schleswig statt. Eine vorherige Terminabsprache ist erforderlich, um lange Wartezeiten zu vermeiden (ph@region.sja.dk oder Telefon. + 45 74 67 05 01). Das Infocenter hält zudem an jedem letzten Donnerstag im Monat von 14 bis 18

Uhr eine Sprechstunde im Sozialzentrum Leck sowie an jedem dritten Donnerstag von 14 bis 16 Uhr im Monat im Sozialzentrum Flensburg des Kreises Schleswig-Flensburg an der Bahnhofstraße ab.

Flensburger Tageblatt 9.8.2005

Wie man an Dänemarks öffentliche Aufträge kommt

Öffentlich ausgeschriebene Aufträge nördlich der Grenze können auch für deutsche Unternehmen ein interessanter Markt sein. Nach Angaben von Volker Romeike von der Auftragsberatungsstelle Schleswig-Holstein (ABST) müssen Vorhaben über 200 000 Euro europaweit ausgeschrieben werden (Baufträge allerdings erst ab fünf Millionen). Dennoch ist das potenzielle Auftragsaufkommen groß, man muss bloß wissen, wo die Angebote stehen.

Seit April 2004 werden EU-weite Aufträge grundsätzlich im Amtsblatt der EU beziehungsweise im so genannten TED-System (tenders electronic daily) veröffentlicht, auf das man im Internet kostenlos zugreifen kann. Adresse: www.ted.publications.eu.int. Wenn man dort unter Land „DK“ eingibt, fanden sich zuletzt fast 600 Ausschreibungsangebote, deren Bieterverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Man kann bei der Suche auch nach Kriterien wie Vorankündigung, Bekanntmachung, ausschreibende Stelle oder vergebener Auftrag aussortieren.

Die ABST, die von den drei Industrie- und Handelskammern und den beiden Handwerkskammern im Land getragen wird, begleitet nach Angaben Romeikes auch Bietergemeinschaften, die sich gemeinsam um Aufträge nördlich der Grenze bemühen. Sicher ist jedenfalls: wer sich nie um Aufträge in Dänemark bemühte, hat auch noch keinen bekommen. Klar ist aber auch: Ohne die dänische Sprache geht es nicht. Internet-Adressen:

EU-Vorschriften: www.ks.dk

Vergabekammer: www.klfu.dk

Handel: www.ahk-daenemark.dk

Flensburger Tageblatt, 14.8.2005

Lebendige Geschichte der Region im Internet

„Levendegeschichte.de – virtuelle dänisch-deutsche Regionalgeschichte“, so heißt ein Internet-Projekt, das vier Professoren gestern vorstellten. Wie in einem echten Museum, so Prof. Dr. Uwe Danker, werden bis zum Schluss Exponate aufgestellt und an den Erläuterungen gearbeitet. Das Projekt wird von den

Hochschulen im Grenzland gemeinsam verwirklicht.

In drei Jahren sollen die Internetseiten fertig sein, vier Hochschulen bzw. Fachhochschulen aus Deutschland und Dänemark sind an dem Vorhaben beteiligt, hieß es gestern bei der Vorstellung im dänischen Generalkonsulat in Flensburg. Was man in Zukunft am heimischen PC erfahren kann, erklärte Prof. Dr. Uwe Danker von der Universität Flensburg bei der Präsentation. Es wird ein virtuelles Museum sein. Ein Museum also, das man sich vom heimischen Sessel aus anschauen und erkunden kann und das über die Geschichte des Grenzlandes informiert – mit Fotografien, Filmen, Tondokumenten und natürlich Texten ab dem Jahr 1830. 36 Themen sollen behandelt werden und mit Sicherheit werden der deutsch-dänische Krieg von 1848 oder auch die Zeit der deutschen Besetzung im II. Weltkrieg ihren Platz im Museum finden. Wirtschaft, Politik und der soziale Wandel zur Zeit der Industrialisierung sind weitere Themen. Alles weitere ist noch offen.

Geschichtsinteressierte Internet-Benutzer müssen sich noch gedulden. Auf der Internetseite <http://www.vimu.info> soll über die Fortschritte informiert werden.

1,6 Millionen Euro stehen dem Projekt zur Verfügung, vier Arbeitsstellen können damit finanziert werden.

Astrid Schwabe hat eine dieser Stellen. Sie ist für das didaktische Konzept zuständig. Schwabe bereitet die Themen so auf, dass die Ereignisse, die sich hinter den Zahlen und Fakten verbergen, verständlich und lebendig werden. In den nächsten Jahren wird sie in den Archiven stöbern – auf der Suche nach Fotografien. Sie wird Beiträge aus Fachbüchern Zusammentragen und eigene Texte zu den Ereignissen der Vergangenheit schreiben.

Die Europäische Union ist mit 50 Prozent an der Finanzierung beteiligt. Informatiker, Kommunikationswissenschaftler und Historiker arbeiten zusammen. Geleitet wird das Projekt von den Professoren Dr. Klaus Robering vom Institut for Fagsprog, Kommunikation og Informationsvidenskab der Syddansk Universitet Sønderborg; Dr. Martin Rheinheimer vom Institut for Historie, Kultur og Samfundsbeskrivelse der Syddansk Universitet Odense; Dr. Uwe Danker, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg und Dr. Bernd Vesper vom Zentrum für Multimedia der Fachhochschule Kiel.

Der Internet-Experte hält es für wichtig, dass die Region im Netz vertreten ist. „Immer mehr Menschen informieren sich über das Internet“, so Vesper. Vor 10 Jahren, als das Internet populär wurde, gab es eine Aufbruchstimmung. Sie hielt ein paar Jahre. Alles schien machbar im und mit dem Internet. Doch 2002/2003 war es mit der Goldgräberstimmung vorbei. Die Branche verfiel in Depression. Die sei überstanden, so Vesper. Mehr noch – das Netz sei nicht mehr ersetzbar.

Es gebe zwar noch die Bibliotheken. Für den Medienexperte zählt in erster Linie

das Internet: „Eine Information, die nicht im Netz vorhanden ist, gibt es nicht.“

Flensburger Tageblatt, 31.8.2005

Bund Deutscher Nordschleswiger schlägt einen Grenzrat Sønderjylland-Schleswig vor

Er sollte 22 Mitglieder umfassen, um im Gegensatz und an Stelle des jetzigen Regionalrates Sønderjylland-Schleswig mit 42 Mitgliedern „die Arbeit des Rates effektiver zu gestalten“, schreiben BDN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen und Sekretariatsleiter Siegfried Matlok im Auftrag des BDN in einem Brief an Ökonomie- und Gewereminister Bendt Bendtsen (Kons.). „Für die deutsche Minderheit ist es entscheidend, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit so dicht an den Bürgern wie möglich geschieht“, heißt es in dem Schreiben, „d.h. dass das bisherige Kapital wie das deutsch-dänische Know-how sowohl kulturell als auch wirtschaftlich nicht verloren geht, sondern künftig auf eine weitaus effektivere Art als bisher zu nutzen versucht wird.“

Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, schlägt der BDN vor, dass der Grenzrat Kompetenzen in Bezug auf die grenzüberschreitende Kooperation erhält und damit auch eigene finanzielle Mittel.

In den künftigen Grenzrat sollte die dänische Seite laut Hansen und Matlok nach Inkrafttreten der Strukturreform folgende elf Mitglieder entsenden: den Regionsbürgermeister, den Vorsitzenden des Wachstumsforums, die Bürgermeister der künftig vier nordschleswigschen Kommunen, ein BDN-Mitglied, zwei Arbeitsmarktpartner, ein Mitglied aus Forschung/Universität und ein Mitglied kultureller Organisationen. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein Balanceakt, nicht allein politisch-kulturell, sondern insbesondere psychologisch“, stellt der BDN abschließend fest. „Daher sollte von dänischer Seite auch gebührende Rücksicht auf die Wünsche von deutscher Seite genommen werden. Die neue Zusammenarbeit kann nur dann stark und zukunftsorientiert werden, wenn beide Partner von Anfang an bereit sind, ihr Bestes innerhalb einer neuen grenzüberschreitenden Struktur zu leisten.“

Der Nordschleswiger, 14.9.2005

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Wissenschaft und Wirtschaft im Dialog

Flensburger Tageblatt, 3.6.2005

Bei einem Symposium an der Flensburger Universität betonten die Spitzen von Hochschulen und Unternehmensverbänden ihren Willen zur Zusammenarbeit untereinander und über die Staatsgrenze hinweg.

„Wir fühlen uns provoziert vom massiven deutschen Druck“

Der Nordschleswiger, 8.6.2005

Der regionale Vorsitzende des dänischen Gewerkschaftsbundes LO Willy Sahl kritisierte das deutsche Arbeitsvermittlungsprojekt „Gramark“, da auf diese Weise das dänische Arbeitsvermittlungssystem ausgehöhlt werden könnte. Regionskontor- und Gramark-Leitung weisen den Vorwurf des „gezielten Arbeitslosenexports“ entschieden zurück, zumal Sahl keine stichhaltigen Belege liefern konnte.

Grenzenlose Eisenbahn

Der Nordschleswiger, 15.6.2005

Während der dänischen Sommerferien wurden die Gleise zwischen Lunderskov und Kolding erneuert. Der Zeitpunkt wurde mit Rücksicht auf die Berufspendler gewählt. Für Bahnreisende in Nordschleswig war dies mit erheblichen Einschränkungen, Verspätungen und Zugausfällen verbunden, bei grenzüberschreitenden Reisen gab es teilweise inakzeptable Wartezeiten in Pattburg.

Ein Friese wird Minderheitenbeauftragter

Flensburg Avis, 16.6.2005

Der Jurist Thede Boysen wird erster Leiter des Minderheitensekretariats bei der Bundesregierung, wo er die Interessen der Friesen, der südschleswigschen Dänen, der Sorben und der Sinti und Roma vertreten wird.

Hoffnung auf Friesisch und Dänisch bei N3

Flensburg Avis, 16.6.2005

Der neue Staatsvertrag mit dem NDR sieht eine Ausweitung der

Regionalprogramme vor. Minderheitenvertreter hoffen, dass dadurch auch mehr Raum für dänische und friesische Beiträge in Fernsehen und Hörfunk geschaffen wird.

EU beschließt Gleichberechtigung der Minderheitensprachen

Flensburg Avis, 24.6.2005

Auf Initiative Spaniens beschloss der EU- Ministerrat, dass künftig auch alle anerkannten Minderheitssprachen im Geschäftsgang der EU verwendet werden dürfen.

Dänische Umweltschützer haben genug von deutschen Dosen

Flensburg Avis, 28.6.2005

Vor allem Getränkedosen aus dem Grenzhandel, die trotz der vor drei Jahren geschehenen Einführung derselben in Dänemark noch immer massenhaft südlich der Grenze gekauft werden, bereiten in Dänemark zubegehend Abfallprobleme. Dänische Umweltschützer fordern daher, auch den Grenzhandel voll in die Pfandpflicht einzubeziehen. Das schleswig-holsteinische Umweltministerium wies diese Forderungen zurück.

Das grenzenlose Technologie-Netzwerk

Flensburger Tageblatt, 28.6.2005

Im Projekt TecPro-Net kooperieren mittlerweile über 200 Unternehmen aus vier Regionen in Deutschland und Dänemark.

Schlechte Zeiten für Bierschmuggler

Flensburger Tageblatt, 2.8.2005

Überall in Dänemark taucht zunehmend billiges Bier aus dem Grenzhandel an den Kiosken auf. Told & Skat will verstärkt gegen die Schmuggelei vorgehen.

Flensburg ist sehr beliebt in Dänemark

Der Nordschleswiger, 18.8.2005

Eine Studie des Instituts für Tourismus und Bäderforschung in Nordeuropa (Kiel) führte zu dem Ergebnis, dass Flensburg in Dänemark die bei weitem beliebteste der zehn größten deutschen Küstenstädte ist, wobei vor allem die Nähe zu Dänemark und die Einkaufsmöglichkeiten, daneben aber auch die reizvolle

Altstadt, der Hafen und der Handballsport den Ausschlag gaben. In Deutschland hingegen ist Flensburg zwar ebenso bekannt wie die Großstädte Kiel, Lübeck und Rostock, erreicht aber weniger Sympathiewerte, da man vor allem das Kraftfahrt-Bundesamt mit seiner natürlich wenig beliebten Verkehrssünderkartei mit der Stadt verbindet.

Fest der Begegnung für die Kinder der Region

Flensburger Tageblatt, 19.8.2005

Beim vierten deutsch-dänischen Schulsportfest in Husum waren mehr Kinder und Jugendliche beteiligt als je zuvor, nämlich etwa 1100. Bei den Spielen werden grundsätzlich gemischte deutsch-dänische Mannschaften gebildet.

Job-Vermittlung nach Dänemark nicht für jeden

Flensburger Tageblatt, 19.8.2005

Da die Landkreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland die „Hartz-IV“-Reform alleine umsetzen, werden Langzeitarbeitslose aus diesen Kreisen nicht mehr von der Bundesagentur für Arbeit vermittelt, auch nicht auf die regelmäßig von der dänischen Arbejdsformidling gemeldeten Stellen. Landkreise und Bundesagentur vertreten dabei unterschiedliche Rechtsauffassungen. Umso mehr drängen alle Beteiligten darauf, dass sich keine Parallelstrukturen entwickeln und künftig wieder ein zentraler deutscher Ansprechpartner für die Jobvermittlung nach Dänemark zuständig ist.

Teure Jobsuche in Dänemark

Flensburg Avis, 20.8.2005

Während es Langzeitarbeitslosen möglich ist, Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen innerhalb ganz Deutschlands von der Bundesagentur für Arbeit erstatten zu lassen, gilt dies nicht für Vorstellungsgespräche außerhalb der Grenzen, also auch nicht in Nordschleswig.

Faxe-Bier und Zwergenglück

Spiegel-online, 20.8.2005

Mit der Ausstellung „Nicht nur Sauerkraut und Smørrebrød“ versuchen die Abteilung Stadtarchäologie in Lübeck und die Museen in Storstrøms Amt, mit gegenseitigen deutsch-dänischen Vorurteilen aufzuräumen. Das Projekt wurde durch die EU-Initiative „Eine Kulturbrücke über den Belt“ gefördert. Bis zum 2.

Oktober ist die Ausstellung im Kulturforum Burgkloster in Lübeck zu sehen.

Fünens Amtsbürgermeister wünscht neuen Regionalrat

Der Nordschleswiger, 20.8.2005

Fünens Amtsbürgermeister Jan Boye hat sich dafür ausgesprochen, dass der Regionalrat Sønderjylland/Schleswig verkleinert wird, aber in jedem Falle auch den künftigen süddänischen Regionsbürgermeister und die Bürgermeister der künftigen vier nordschleswigschen Großkommunen enthalten soll. Die Interreg-Mittel der Grenzregion und der Partnerschaft von Fünen und Kiel-Eckernförde-Rendsburg-Neumünster (KERN) sollten seiner Meinung nach zusammengelegt werden.

Kein Zutritt für Neonazis bei den Kulturtagen

Aufmacher in Jydske Vestkysten, 21.8.2005

Nachdem eine entsprechende Demonstration zum Todestag von Rudolf Hess in Deutschland verboten worden war, versuchten deutsche, dänische und schwedische Neonazis, die Koldinger Kulturtage zu nutzen, um öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen. Die dänische Polizei konnte den geplanten Aufmarsch jedoch im Vorfeld unterbinden, so dass es keine Störung der Kulturtage gab und die Neonazis sich wieder zurückziehen mussten.

Kinder erleben die Region

Flensburger Tageblatt, 23.8.2005

Der Autor Günter Stempel hat unter dem Titel „Flensburg, Förde und viel Meer“ bzw. „Flensborg, vandet og alt det andet“ einen Erlebnisführer für Kinder über die Grenzregion herausgegeben.

Thomsen für deutsch-dänischen Regionsrat

Jydske Vestkysten, 26.8.2005

Mehrere Bürgermeister grenznaher dänischer Kommunen haben sich für die Einrichtung eines neuen deutsch-dänischen Regionsrats ausgesprochen, wenn Sønderjyllands Amt 2007 in der süddänischen Großregion aufgeht. Wortführer der Initiative sind die Bürgermeister von Apenrade (P. Thomsen), Hadersleben (J. C. Gjesing), Sonderburg (A. P. Hansen) und Tondern (H. L. Hansen). Die vier alten Städte werden künftig die Zentren der verbliebenen Großkommunen sein. Die Bürgermeister schlagen vor, den Regionalrat von 42 auf 12 Mitglieder zu

reduzieren. Die sechs dänischen Mitglieder sollten Vertreter den künftigen vier Großkommunen, ein Repräsentant der künftigen süddänischen Großregion und ein Vertreter der deutschen Minderheit sein.

Proteste: Dänischsschüler ohne Wörterbuch

Flensburger Tageblatt, 26.8.2005

Der Verlag Lagenscheidt stellt die Produktion und Überarbeitung des einzigen in Deutschland erhältlichen Dänisch-Wörterbuchs mit über 80.000 Stichworten aus wirtschaftlichen Gründen ein. Dies führte zu heftigen Protesten unter anderem von Seiten des deutsch-dänischen Lehrerverbandes, da das weiterhin erhältliche Wörterbuch mit 30.000 Stichworten ebenso wie das auf Deutsch lernende dänische Muttersprachler ausgerichtete große Wörterbuch von Gyldendal für den fortgeschrittenen Dänischunterricht nicht in gleichem Maße geeignet sind.

Keiner ist alleine auf Dauer stark

Der Nordschleswiger, 30.8.2005

Ein von der Jørgen- und Bitten-Clausen-Stiftung finanziertes Gutachten der renommierten Unternehmensberatung Boston Monitor Group empfiehlt für die Wirtschaftsförderung auf beiden Seiten der Grenze die Entwicklung so genannter Cluster, also den Auf- und Ausbau von Unternehmen, die sich gegenseitig unterstützen und neues Wachstum ermöglichen. Namentlich Anlagenbau, Elektrotechnik, EDV, Logistik, Tourismus, erneuerbare Energien und Nahrungsmittelverarbeitung gelten als zukunftssträchtige Branchen in der Region. Bei seiner Festansprache zum Jahresempfang der Europäischen Akademie Sankelmark bedauerte Jørgen Mads Clausen, dass diese Ideen südlich der Grenze bislang auf ein ausgesprochen verhaltenes Echo gestoßen sind.

Hüben mit, drüben ohne Robe: Ein Anwalt in zwei Ländern

Flensburger Tageblatt, 31.8.2005

Grenzüberschreitende Rechtsberatung und Rechtsvertretung verzeichnet eine steigende Nachfrage, vor allem bei Schadensersatzfragen (Verkehrsunfälle, beschädigte Lieferungen) und familienrechtliche Angelegenheiten.

Kollunder Wald bleibt in deutschen Händen

Jydske Vestkysten, 31.8.2005

Der Verkauf des Kollunder Waldes durch die Stadt Flensburg an den dänischen

Staat ist nach langen Verhandlungen gescheitert, da das dänische Umweltministerium die bereits fast ausgehandelte Summe wieder reduzieren wollte. Damit bleibt der Kollunder Wald bis auf weiteres ein grenzüberschreitender Besitz.

Drei Abschnitte – und der Führerschein ist weg

Jydske Vestkysten, 1.9.2005

In Dänemark werden Verkehrsdelikte seit Anfang September deutlich strenger bestraft. So führen drei größere Vergehen wie überhöhte Geschwindigkeit (z.B. mehr als 104 km/h auf Landstraßen, wo 80 km/h gültig sind) das Überfahren einer roten Ampel, gefährliches Überholen u.a. zum Verlust des Führerscheins, der nach einer Sperrfrist vollkommen neu erworben werden muss. Welche Konsequenzen die neue Regelung für ausländische Verkehrsteilnehmer hat, ist allerdings noch unklar.

Tørnæs: Rolle des Regionalrats als Klammer der Kooperation stärken

Der Nordschleswiger, 2.9.2005

Der Ripener Amtsbürgermeister Laurits Tørnæs (Venstre) spricht sich wie der BDN für eine Stärkung der Kompetenzen des Regionalrats aus, damit dieser künftig mehr Gestaltungsmöglichkeiten hat.

Friesen bekamen viel Lob, aber kein Geld

Flensburg Avis, 2.9.2005

Das Nordfriisk Instituut in Bredstedt feierte sein 40-jähriges Bestehen, muss aber wie viele andere Einrichtungen mit weiteren Kürzungen der Landesmittel rechnen. In der kommenden Ausgabe berichten wir ausführlicher.

Grenzland-Löwe sitzt wieder am Wannsee

Flensburger Tageblatt, 2.9.2005

Die Zinkkopie des Idstedt-Löwen, der Berliner „Flensburger Löwe“, wurde vier Monate lang aufwändig restauriert und steht nun wieder an seinem Platz auf der Halbinsel Heckeshorn am Wannsee. Bei der Einweihungsfeier waren Vertreter der Berliner Denkmal- und Baubehörden, der Vorsitzende der von-Hinckeldey-Stiftung, welche die Renovierung finanziert hat, der dänische Botschaftsrat in Berlin und der Flensburger CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen anwesend. Über die Restaurierung des Flensburger Löwen wurde in der Berliner

Presse ausführlich berichtet.

Tricksen ist leicht im Grenzhandel

Jydske Vestkysten, 8.9.2005

Immer mehr dänische Betriebe verkaufen ihre Waren südlich der Grenze, um die hohe Mehrwertsteuer zu umgehen. Die dänische Steuerbehörde (Told og Skat) hat schärfere Maßnahmen angekündigt.

SSW bedankt sich für Börnsens „Häutung“

Flensburg Avis, 12.9.2005

Zehn Tage vor der Bundestagswahl nahm der Bundestagsabgeordnete Börnsen in einem Interview mit Flensburg Avis Teile seiner Kritik am SSW nach der Landtagswahl zurück und betonte die Vollgültigkeit der SSW-Mandate. SSW-Vertreter betrachteten Börnsens Initiative auf ihrem Parteitag jedoch vor allem als Wahlkampfaktik und forderten eine deutlichere Entschuldigung, auch in der deutschsprachigen Öffentlichkeit.

Wissenswertes über Dänemark

Flensburg Avis, 15.9.2005

Die von zwei Privatpersonen betriebene, nicht kommerzielle Homepage www.dk-forum.de bietet zahlreiche Informationen über Dänemark, darunter auch viele praktische Hinweise (z.B. über Dänischkurse in ganz Deutschland). Auch Diskussionen und Erfahrungsaustausch finden ihren Platz auf der Seite, die laut Auskunft der Betreiber von etwa 1000 Personen täglich genutzt wird.

Immer weniger lernen Dänisch an deutschen Schulen

Flensburg Avis, 15.9.2005

Trotz aller Appelle nicht zuletzt von Seiten der Landespolitik, dass man die Sprache des Nachbarn erlernen möge, ist die Zahl der Dänischschüler an schleswig-holsteinischen Schulen in den vergangenen zwei Jahren zum Teil deutlich zurückgegangen. Vom Schulgesetz her ist es inzwischen sogar möglich, dass Grundschulen Dänisch (und Englisch) ab der ersten Klasse anbieten können. Allerdings fehlt es bislang an Planstellen und damit an Lehrkräften.